

Zwischenbericht 2005

*Entwicklungen und Analysen des Extremismus in
Nordrhein-Westfalen*

Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
im September 2005
www.im.nrw.de/verfassungsschutz



Inhalt

1	Entwicklungstendenzen	4
1.1	Rechtsextremismus	4
1.1.1	Rechtsextremistische Parteien.....	4
1.1.2	Neonazis.....	6
1.2	Linksextremismus	7
1.2.1	Linksextremistische Parteien bei der Landtagswahl	7
1.2.2	Linksextremistische Beeinflussung der Anti-Kernkraft-Kampagne	8
1.3	Ausländerextremismus	8
1.3.1	Linksextremistische türkische Organisationen.....	8
1.3.2	Aktuelle Entwicklungen im KONGRA-GEL.....	9
1.3.3	Liberation Tigers of Tamil Eelam.....	11
1.4	Islamismus	12
1.4.1	Internationales Terrornetzwerk	12
1.4.2	Irak	13
1.4.3	Nahost-Konflikt	14
1.4.4	Al-Aqsa	15
1.4.5	IGMG.....	15
1.4.6	Kalifatsstaat.....	15
1.5	Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität.....	15
1.5.1	Gesamtentwicklung.....	16
1.5.2	Phänomenbereiche	17
1.5.3	Extremistische Straftaten	17
1.5.4	Internationale Bezüge.....	17
1.5.5	Themenfelder	17
1.5.6	Herausragende Sachverhalte	19
2	Aussteigerprogramm – eine Zwischenbilanz	20
3	Die extreme Rechte und ihre neuen Erscheinungsformen.....	22
4	Soziale Proteste – eine Möglichkeit für Linksextremisten?	26
5	Imagewandel der Volksmodjahedin Iran – von der Guerilla zur demokratischen Exilbewegung?	31
6	Die Türkische Hizbullah, die İslami Hareket und der Kalifatsstaat	38
7	Spionageabwehr	43

1 Entwicklungstendenzen

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Rechtsextremistische Parteien

Die rechtsextremistischen Parteien – angetreten waren die 'Nationaldemokraten' und die 'Republikaner' – konnten von dem Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 und der Europawahl 2004 bei der Landtagswahl 2005 in NRW nicht profitieren. Insgesamt gelang es den rechtsextremistischen Personen und Gruppierungen nicht, die für eine Wahlkampfkostenerstattung notwendige 1% Hürde zu überspringen. Damit dürften die finanziellen Probleme, die durch den partiellen Wahlerfolg bei der Europawahl im letzten Jahr überwunden schienen, wieder an Bedeutung gewinnen. Das aus ihrer Sicht enttäuschende Abschneiden der beiden Parteien führt teilweise zu innerparteilichen Streitigkeiten.

NPD und DVU beschließen "Deutschland-Pakt"

Mit der Strategie einer "Volksfront von rechts" sind die rechtsextremistischen Parteien in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. "Volksfront" statt "Gruppenegoismus" heißt nunmehr ihr Wahlspruch. In diesem Sinne haben die 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' (NPD) und die 'Deutsche Volksunion' (DVU) am 15. Januar 2005 ihre Entschlossenheit zur Zusammenarbeit mit dem so genannten "Deutschlandpakt" besiegelt. Ein Ergebnis dieser Absprache war die ausschließliche Teilnahme der NPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Dabei besteht weiterhin eine enge Zusammenarbeit der NPD mit großen Teilen der Neonazis, während die DVU sich von diesen abgrenzt.

Landtagswahl NRW 2005

NPD und 'Republikaner' (REP) haben mit 0,9% (NPD) bzw. 0,8% (REP) ihr jeweiliges internes Wahlziel nicht erreicht und profitieren nicht von der Wahlkampfkostenerstattung. Dieses Wahlergebnis wird sowohl von der NPD als auch den REP als enttäuschend gewertet. Grund für den geringen Stimmenanteil für die beiden rechtsextremistischen Parteien zusammen dürfte sowohl die von knapp 57% auf 63% angestiegene Wahlbeteiligung als auch die starke Polarisierung im Wahlkampf zwischen CDU/FDP einerseits und SPD/Grüne andererseits gewesen sein. Insbesondere letzteres dürfte – wie in Schleswig-Holstein – die Bereitschaft der Wähler verringert haben, rechtsextremistische Splitterparteien zu wählen.

Bei der NPD hat das schlechte Abschneiden mit einem Ergebnis von lediglich 0,9% sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene für Überraschung gesorgt. In Parteikreisen hatte man fest mit einem Überschreiten der 1% Marke und damit verbunden mit einer Wahlkampfkostenerstattung gerechnet. Trotz des Wahlergebnisses der NPD hat die DVU auf ihrer Internetseite am 24. Mai das Weiterbestehen des Deutschlandpakts, also der Zusammenarbeit mit der NPD bestätigt, ohne allerdings die Landtagswahl NRW zu erwähnen. Aufhänger waren lediglich die angekündigten vorgezogenen Neuwahlen für den Bundestag.

Laut einer Pressemitteilung des NPD-(Bundes)Pressesprechers vom 24. Mai 2005 sieht die NPD in dem Wahlergebnis eine deutliche Steigerung gegenüber der Landtagswahl 2000 sowie der Europawahl 2004. Der Bundesvorstand der NPD räumt allerdings ein, man sei hinter den eigenen Erwartungen – stärkste Kraft nach den etablierten Parteien zu werden – zurückgeblieben.

Die "Freien Nationalisten" erklärten, das Wahlergebnis sei für viele Kameraden unter den Erwartungen geblieben. Das Ergebnis zeige einmal mehr, dass sich die "Machtfrage an dieses System nicht über Parlamente stellen lässt". Dennoch wird die Zusammenarbeit zwischen NPD und den Freien Nationalisten unter der Flagge "Volksfront von rechts" vom NPD-Vorstand weiterhin als Schritt in die richtige Richtung gewertet.

Die Republikaner bezeichnen das erreichte Wahlergebnis von 0,8% als Rückschlag, von dem man sich nach eigenem Bekunden aber nicht entmutigen lasse. Offiziell waren die Republikaner angetreten mit dem Ziel, die 5%-Hürde zu überspringen. Inoffiziell wurde auf unterer und mittlerer Funktionsebene von einem Ergebnis zwischen 2 und 3% ausgegangen. Zwar hatte die NRW-Landesvorsitzende Anfang des Jahres auf einer Bundespräsidiumssitzung die Erwartungshaltung gedämpft, gleichwohl aber mit einem Überspringen der 1% Marke und damit mit einer Wahlkampfkostenerstattung gerechnet. In einer ersten Stellungnahme (Pressemitteilung vom 23. Mai 2005) machten die REP neben dem "Lagerwahlkampf" der Volksparteien auch angebliche "undemokratische Behinderungen" für das schlechte Abschneiden verantwortlich. So seien die REP "durch die mit krimineller Energie betriebenen Behördenschikanen [...] sowohl beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften als auch im Wahlkampf auf skandalöse und undemokratische Weise benachteiligt" worden.

Hintergrund dieses Vorwurfs sind die im Vorfeld des Wahlkampfes bekannt gewordenen Unstimmigkeiten bei der Einholung von Unterstützungsunterschriften. Es sollen Manipulationen bei der Unterschriftsleistung vorgekommen sein, wegen derer Polizei und Staatsanwaltschaften ermitteln.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und vor allem in Nordrhein-Westfalen haben der Aufbruchstimmung der NPD einen deutlichen Dämpfer verpasst. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen NPD und DVU und den neonazistischen Kräften nach außen weiterhin entschlossen propagiert wird, zeigen die jüngsten Reaktionen auf das Ergebnis der Landtagswahl NRW innerhalb der rechtsextremistischen Szene eine deutliche Zunahme kritischer Stimmen. Die "Volksfront von rechts" beginnt zu bröckeln. Bleibt ein Erfolg für die NPD auch bei der Bundestagswahl aus, so könnte dies auch das Ende für die gemeinsame Zusammenarbeit bedeuten.

Teilnahme an der vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September 2005

Ungeachtet des herben Rückschlages, den die NPD zu verkraften hatte, verkündete sie ihre Teilnahme an einer möglicherweise vorgezogenen Bundestagswahl. Neben der DVU hat auch die neonazistische Szene der NPD ihre Unterstützung im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zugesagt. Im Gegensatz zur Landtagswahl NRW muss die NPD für die Bundestagswahl keine Unterstützungsunterschriften für ihre Wahlkreiskandidaten und die Landeslisten sammeln. Das Bundeswahlgesetz sieht eine Befreiung von dieser Notwendigkeit für Parteien vor, die zumindest in einem Landtag vertreten sind. Die NPD ist in Fraktionsstärke im Sächsischen Landtag vertreten.

Als Werbemaßnahme – insbesondere im Rahmen der Bundestagswahl – will die NPD eine Musik-CD mit "politischem Inhalt" in einer Auflage von 200.000 Exemplaren an Jugendliche verteilen. In den Landtagswahlkämpfen in Sachsen und Schleswig-Holstein hatte die NPD bereits derartige CDs verteilt, die von den Gerichten bisher als strafrechtlich nicht relevant beurteilt wurden. Ferner hat die Partei angekündigt, sich gegebenenfalls in Fernseh-Talkrunden einzuklagen, zu denen Vertreter der NPD nicht eingeladen werden.

Auch die 'Republikaner' wollen an der Bundestagswahl teilnehmen. Im Gegensatz zur NPD ist die Partei jedoch weder im Bundestag noch in einem Landtag vertreten. Sie wird daher die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beibringen müssen. Eine Hürde, die vor allem vor dem Hintergrund der kurzen Fristen zur Einreichung zulassungsfähiger Kandidatenlisten äußerst hoch ist und daher realistischer Weise kaum überschritten werden dürfte. Die NRW-Landesvorsitzende und der Bundesvorsitzende der REP hatten deshalb bereits frühzeitig angekündigt, im Fall einer Auflösung des Bundestages und von Neuwahlen am 18. September 2005 das Bundesverfassungsgericht anzurufen mit dem Ziel, eine Reduzierung der erforderlichen Unterschriften wie bei der Bundestagswahl 1990 zu erreichen. Die Republikaner brauchen dringend einen flächendeckenden Antritt, um das Minimum von 0,5% der abgegebenen Wählerstimmen zu erreichen, das Voraussetzung für eine Wahlkampfkostenerstattung bei Bundestags- und Europawahlen ist.

Erste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Anwendung der Neuregelungen im Versammlungsgesetz

Am Holocaust-Denkmal vorbei und zum Brandenburger Tor wollte die NPD-Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' (JN) unter dem Motto: "60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldskult" am 8. Mai marschieren. Doch der Berliner Senat erlaubte die Demonstration nur auf geänderter Route. Eine Klage der JN scheiterte in allen Instanzen – auch das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Rechtmäßigkeit dieser Auflage. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts begegnet die Auffassung, das Holocaust-Mahnmal als symbolträchtigen Ort im Sinne des neuen Versammlungsgesetzes zu bestimmen und eine Versammlung an diesem Ort mit Auflagen zu versehen, im konkreten Fall keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Ebenfalls für rechtmäßig sah das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung des Berliner Senats an, eine Demonstration der JN vor dem Brandenburger Tor mit der Begründung zu untersagen, dort selbst ein Straßenfest unter dem Titel "Tag der Demokratie" organisieren zu wollen. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die bloße Reihenfolge der Anmeldung im Konfliktfall nicht ausschlaggebend sein könne (das Straßenfest war zeitlich wesentlich später angemeldet worden als die Demonstration der JN), weil Veranstalter sonst versuchen würden, sich attraktive Plätze auf Vorrat zu reservieren. Die Senatsverwaltung habe bei der Ortswahl zu Recht den Vorrang erhalten, weil der Platz vor dem Brandenburger Tor wegen seiner Nähe zum Reichstag und zum sowjetischen Ehrenmal an der Straße des 17. Juni besondere Bedeutung für eine Veranstaltung am Jahrestag der Kapitulation habe. Damit hat das Bundesverfassungsgericht eine erste Entscheidung auf der Grundlage des neuen Versammlungsgesetzes getroffen und indirekt dessen Verfassungsmäßigkeit bestätigt.

Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda über den Internetwurm Sober.o

Eine neue Qualität scheint die rechtsextremistische Propaganda über Mails zu erhalten. Nachdem erstmals in 2004 über den Internetwurm Sober.H. massenhaft E-Mails mit rechtsextremistischen Inhalten verbreitet wurden, erfolgte in jüngster Zeit eine erneute Welle von E-Mails mit fremdenfeindlichen Inhalten. Die Grundlage dafür bildete der als "WM-Ticket-Wurm" bekannt gewordene Internetwurm Sober.o, welcher seit dem 2. Mai 2005 während des Ticket-Verkaufs für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für Aufsehen sorgte. Der unbedarfte Empfänger wurde veranlasst, die angehängte Datei zu öffnen und damit den eigenen Rechner mit dem Wurm zu infizieren. Der weitere technische Ablauf ist mit der bereits im letzten Jahr erfolgten Aktion vergleichbar: Durch eine Timerfunktion lud der automatische Nachlademechanismus von Sober.o seinen "Nachfolger" Sober.p am 11. Mai 2005 aus dem Internet nach und installierte ihn. Vier Tage später, am 15. Mai 2005, begann 0:00 Uhr dann der Massenversand rechtsextremistischer Mails.

Die neuerliche Propagandaaktion steht – wie bereits im Jahr 2004 – in auffälligem zeitlichem Zusammenhang zu einer anstehenden Wahl. Während Sober.h am 11. Juni 2004 und damit zwei Tage vor der Europawahl aktiv wurde, entfaltete Sober.p eine Woche vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen seine Wirkung. Die textliche Analyse des Programmcodes lässt darauf schließen, dass der Urheber aus Deutschland, zumindest jedoch aus dem deutschsprachigen Raum stammt.

Es ist davon auszugehen, dass Rechtsextremisten auch weiterhin versuchen werden, ihre Ideologie über das Medium Internet/E-Mail überregional zu verbreiten und auf das Wahlverhalten der Bevölkerung Einfluss zu nehmen. Es bleibt abzuwarten, ob weitere Aktionen im Vorfeld der geplanten Bundestagswahl am 18. September 2005 erfolgen. Einzige Schutzmöglichkeit des Empfängers ist das sofortige Löschen der E-Mail. Außerdem sollte der eigene Rechner durch den Einsatz von Virenschutzprogrammen "sauber" gehalten werden. Die – angeblichen – Absender der E-Mails wissen nichts von der in ihrem Namen versandten E-Mail.

1.1.2 Neonazis

Im ersten Halbjahr 2005 setzten die Neonazis ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen in gewohnter Manier weiter fort. Gesteigert wurden diese Aktionen noch durch den Versuch eines "Demonstrationsmarathons" eines bekannten Kölner Neonazi in Essen. Dieser "Demonstrationsmarathon" ist eine Reaktion auf ein behauptetes Fehlverhalten der Polizei bei der ersten Demonstration von Axel Reitz am 16. April in Essen. In der Folge meldete er Demonstrationen für den 21. April, den 6. und 21. Mai an. Die geplante Demonstration am 6. Mai fand allerdings aufgrund eines vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Verbots nicht statt. Im Juli setzte Reitz die

Reihung von Demonstrationen fort. Zwar nehmen an diesen Demonstrationen in der Regel kaum mehr als 50 bis 100 Personen teil, die Belastung für Polizei – und für die Bevölkerung – ist jedoch erheblich.

Die Vielzahl von Demonstrationen zeigt den andauernden Willen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Demonstrationenpolitik und Aktion in der Öffentlichkeit dienen der Stabilisierung, Mobilisierung und Ausweitung des eigenen Lagers; es geht darum, historisch-symbolische Orte zu "besetzen", es sollen aber auch Themen und Ziele in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sowie mit Polizei und Justiz hat innerhalb der extremen Rechten, die sich als "nationaler Widerstand" für ein "neues Deutschland" versteht, zu einem neuen Selbstbewusstsein geführt. Demonstrationenpolitik ist vor allem Machtpolitik. Entwicklungen in der Kameradschaftsszene, wie sie den aktuellen Verboten von Kameradschaften beispielsweise in Berlin und Brandenburg zugrunde lagen, sind in Nordrhein-Westfalen dagegen nicht zu beobachten.

1.2 Linksextremismus

1.2.1 Linksextremistische Parteien bei der Landtagswahl

Mit dem Landesverband NRW der 'Partei des Demokratischen Sozialismus' (PDS NRW) beteiligte sich lediglich eine linksextremistische Partei an der Landtagswahl 2005 in NRW. Die übrigen trotzkistischen und kommunistischen Organisationen wie die 'Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands' (MLPD), 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) oder 'Sozialistische Alternative Voran' (SAV) bewerteten eine flächendeckende Kandidatur in 128 Wahlkreisen richtigerweise von vorn herein als chancenlos.

Wahlergebnisse

Im Ergebnis blieb die PDS NRW mit 72.982 Stimmen (0,9%) deutlich unter der von ihr anvisierten Zielmarke und verfehlte die – wegen der daran geknüpften Wahlkampfkostenerstattung – lukrative Einprozent-Hürde. Deutlich wurde, dass die PDS in Nordrhein-Westfalen über keine stabile Wählerschaft verfügt und in ländlichen Bereichen so gut wie nicht vertreten ist. Lediglich im Ruhrgebiet, in Köln und Bielefeld konnte sie bei stark rückläufigen Zahlen noch nennenswerte Ergebnisse vorweisen. Während bei den Kommunalwahlen 2004 die zehn besten Ergebnisse zwischen 6 und 3,4 % schwankten, kam die PDS nur in zwei Bezirken (Dortmund I und Duisburg III) auf 2,0%. Nach dem aus ihrer Sicht erfolgreichen Abschneiden in NRW bei der Europa- und Kommunalwahl 2004 erhielt die Partei damit einen deutlichen Dämpfer für ihr oberstes Ziel, den Wiedereinzug in den deutschen Bundestag in Fraktionsstärke. Dabei hatte sie sich in NRW insbesondere durch ihre rund 120 kommunalpolitischen Mandate in einer besseren Ausgangsposition als in Schleswig-Holstein gewöhnt, wo sie bei der dortigen Landtagswahl im März 2005 von 1,4 % im Jahr 2000 auf 0,8 % zurückgefallen war. Aber schon bei der Kandidatenaufstellung gelang es der Partei in 12 der 128 Wahlkreise nicht, die notwendigen Unterstützerunterschriften beizubringen.

Kurz vor der Wahl meinte der medienwirksamste PDS-Politiker Gregor Gysi, er sehe den Aufbau der Partei im Westen als gescheitert an. Noch immer wirke die PDS im Westen eher als eine ausländische Partei. Dies kann als eine für die PDS ernüchternd realistische Analyse des ehemaligen Parteivorsitzenden bezeichnet werden. Jedenfalls hatte Gysi mit der überregional verbreiteten, für die eigenen Wahlkämpfer demotivierenden Äußerung sicherlich nicht für einen Stimmenzuwachs gesorgt. Dem gemäß beschrieben Vertreter der PDS auf Landes- und Bundesebene das Wahlergebnis nach anfänglichem Schweigen als enttäuschend und als Rückschlag.

Das schlechte Wahlergebnis der PDS war sicherlich unter anderem auch Auslöser für die im Anschluss eröffnete Diskussion zur Bündelung der linken Kräfte bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005. Wurde die Partei 'Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative' (WASG) noch vor der Landtagswahl in NRW als Konkurrentin in der linken Szene betrachtet, die nach Angaben der PDS im Herbst 2004 Gespräche über eine Zusammenarbeit brüsk abgelehnt hatte, so entwickelte sich nach der Wahl schnell eine Debatte über eine gemeinsame Kandidatur, die in die Aufnahme von WASG-Kandidaten auf Wahllisten der 'Die Linkspartei.PDS' mündete.

Die Ziele der 'Linkspartei.PDS' sind jedoch weiter gesteckt. Mit der WASG und zusammen mit anderen Linkskräften sieht sie die historische Chance, sich dauerhaft zu verankern. Auf ihrem PDS-Parteitag am 17. Juli 2005, auf dem sie ihre Umbenennung in 'Die Linkspartei.PDS' beschloss, rief der Parteivorsitzende Bisky die Partei zu einem "zweiten Aufbruch" auf. Die Umbenennung bedeutet bisher keine politische Neuausrichtung; das im Oktober 2003 beschlossene Parteiprogramm behält weiterhin seine Gültigkeit. Inwieweit es gelingen wird, eine unveränderte PDS-Programmatik einer neuen politischen Gesamtbewegung aus 'Linkspartei.PDS' und WASG überzustülpen, bleibt abzuwarten. Offen ist, inwieweit linksextremistische Kräfte bei einer weiteren Zusammenführung meinungsbildende Rollen einnehmen können. Jedenfalls mehren sich auch in anderen linksextremistischen Bestrebungen die Stimmen, die eine Unterstützung der neuen 'Linkspartei' propagieren und sich für einen grundlegenden Wechsel der Politik aussprechen.

1.2.2 Linksextremistische Beeinflussung der Anti-Kernkraft-Kampagne

Die Anti-Kernkraft-Kampagne war für Linksextremisten lange Zeit ein beliebtes Agitationsfeld, das die Möglichkeit zum Transfer staatsfeindlicher und systemüberwindender Vorstellungen bot. Mittlerweile handelt es sich bei den in Nordrhein-Westfalen tätigen Anti-AKW-Gruppierungen mehrheitlich um Initiativen und Organisationen, die aus dem bürgerlichen Spektrum stammen, oder um Umweltgruppen, deren Aktivisten sich im Umfeld einer "gemäßigt" autonomen Szene bewegen. Nur vereinzelte Kernkraftgegner befürworten "symbolische Aktionen", die mitunter den legalen Rahmen verlassen und auf Störung oder Verhinderung von Atomtransporten abzielen. Bei ihren Aktionen sind mittlerweile keine extremistischen Ansätze feststellbar, die über einen gelegentlichen deklaratorischen Charakter (beispielsweise: "Kampf dem Castor heißt Kampf dem System") hinausgehen.

Die diesjährigen Transporte abgebrannter Brennelemente aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor in Rosendorf bei Dresden zum Transportbehälterlager in Ahaus haben gezeigt, dass auch in Nordrhein-Westfalen seit geraumer Zeit in der Anti-Kernkraft-Kampagne eine nennenswerte linksextremistische Beeinflussung nicht mehr festzustellen ist. Die drei Transporte abgerannter Brennelemente erreichten weitgehend störungsfrei und im geplanten Zeitrahmen ihr Ziel.

Demgegenüber kann im Münsterland von einem neu entflammten Protest gegen die Zwischenlagerung von Atommüll in Ahaus gesprochen werden, der das dortige bürgerliche Spektrum erfasste und vor allem Menschen anzog, die sich bisher nicht in der Anti-Kernkraft-Kampagne engagiert hatten. Die Ablehnung gewaltsamer Aktionen durch die etablierten und bürgerlichen Gruppen der Anti-Kernkraft-Kampagne im Münsterland wird vermutlich auch für die nahe Zukunft keine Entfaltungsmöglichkeit für autonome Gruppierungen mit militanten Aktionsmustern bieten. Mit symbolischen Aktionen gegen beabsichtigte Nukleartransporte muss jedoch auch künftig gerechnet werden.

1.3 Ausländerextremismus

1.3.1 Linksextremistische türkische Organisationen

Die in mehrere Organisationen zersplitterte türkische Linke ist in NRW durch Einzelaktionen in Erscheinung getreten. Vor allem Ereignisse mit Bezug zur aktuellen innenpolitischen Situation der Türkei boten Anlass für Aktionen linksextremistischer türkischer Organisationen. Hierzu gehören beispielsweise die Protestaktionen am 15. April in Düsseldorf und Berlin und am 19. April 2005 in Hamburg, die unter dem Motto standen "Schluss mit dem Terror gegen TAYAD in der Türkei". Hintergrund dieser Demonstration waren Festnahmen von Anhängern des der 'Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front' (DHKP-C) nahestehenden 'Solidaritätsvereins mit den politischen Gefangenen und deren Familien' (TAYAD) beim Verteilen von Flugblättern im Schwarzmeergebiet.

Das Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte im Juni dieses Jahres hat Anhänger der türkischen Linken zu mehreren Protestaktionen in NRW veranlasst. In der Nacht zum 18. Juni 2005 kam es in Dersim, in der Nähe der türkischen Stadt Tunceli, zu Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Angehörigen der 'Maoistischen Kommunistischen Partei' (MKP). In der türkischen Presse wird von einer Operation gegen ein

Waffenarsenal berichtet, bei der 17 Personen, darunter 5 Parteifunktionäre, getötet worden seien. Nach Angaben der MKP wurden 17 hochrangige Funktionäre der Organisation getötet, die an einer Parteiveranstaltung teilnahmen.

Aus diesem Anlass protestierten am 21. Juni etwa 450 Teilnehmer in Köln "gegen das Massaker in der Türkei". Eine Veranstaltung unter dem Motto "Protest gegen die Bombardierungen von Dersim durch die türkische Regierung" wurde am 23. Juni in Bielefeld durchgeführt. Den Höhepunkt der allesamt friedlichen Protestaktionen bildete die zentrale Veranstaltung in Duisburg am 25. Juni 2005. Hier demonstrierten 2.000 vorwiegend dem türkisch-linksextremistischen Spektrum zuzurechnende Personen, die aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland angereist waren. Etwa 1.000 Personen nahmen anschließend an einer Gedenkfeier in Dinslaken teil und trugen sich in Kondolenzbücher ein. Der ungewöhnlich hohe Mobilisierungsgrad ist Beleg für eine hohe Emotionalisierung, die zu einer Solidarisierung aller hier vertretenen türkischen linksorientierten Gruppierungen sowie von Teilen der deutschen Linksextremisten führte.

Zunehmend häufiger nehmen sich die linksextremistischen türkischen Organisationen auch sozialpolitischer Themen der deutschen Politik an. Am 18. und 25. Februar 2005 demonstrierten jeweils 15 bzw. 20 Anhänger der 'Anatolischen Föderation' vor dem Landtag in Düsseldorf gegen den Sozialabbau in Deutschland, gegen Hartz IV und die Arbeitslosigkeit. Die Teilnehmer zeigten Transparente und verteilten Flugblätter mit der Überschrift "Gemeinsam gegen Rechtsraub". Beide Veranstaltungen verliefen ohne Störungen. Augenscheinlich befassen sich türkische Organisationen nicht mehr nur mit Themen, die Bezug zur türkischen Politik haben. Zunehmend werden Arbeitslosigkeit und Sozialabbau thematisiert, da auch türkische Mitbürger davon betroffen sein können. Auf diesem Wege dürften sich auch Berührungspunkte in Sachthemen mit Vertretern der deutschen Linken ergeben.

1.3.2 Aktuelle Entwicklungen im KONGRA-GEL

Die jüngsten Entwicklungen im KONGRA-GEL sind einerseits geprägt durch innerorganisatorische "demokratisierende" Neuordnungen, andererseits durch eine vermehrte Gewaltausübung im Namen des KONGRA-GEL beziehungsweise in seinem Umfeld.

Innerorganisatorische Neuerungen

Schaffung des 'Demokratischen Kurdischen Konföderalismus' (Koma Komalen Kurdistan – KKK)

In der KONGRA-GEL nahen Tageszeitung 'Özgür Politika' (ÖP) vom 5. Juni 2005 wurde über eine ideologische Ausrichtung berichtet, die man mit der Bezeichnung "Versammlung der Gemeinschaften Kurdistans" übersetzen kann. Mit diesem "Abkommen" sei ein System für die fortschreitende Demokratisierung des KONGRA-GEL und zur Lösung der Kurdenfrage in der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien geschaffen worden. Ziel soll hierbei nicht die Schaffung eines eigenen Staatswesens sein. Vielmehr seien – so die Auffassung von Abdullah Öcalan – "tiefgreifende demokratische Reformen" in den Staaten beabsichtigt, in denen kurdische Volksgruppen leben, mit der Zielrichtung stärkerer Teilhabe. Der 'Özgür Politika' zufolge haben sich bereits die Frauenorganisation 'Freiheitspartei der Frauen Kurdistans' (PAJK) und die Jugendorganisation 'Freie Jugendbewegung Kurdistans' (TECAK) nach diesen neuen Prinzipien umstrukturiert. Die Frauen haben sich unter dem neuen Dachverband 'Verband der stolzen Frauen' (Koma Jinen Bilind – KJB) und die Jugend unter dem Dachverband 'Demokratische Jugend' (DEM-GENC) zusammengeschlossen. Diese Organisationsreformen haben sich in Europa bisher nicht ausgewirkt.

Bildung von Volksräten

Auch bei der in Europa tätigen, dem KONGRA-GEL nahe stehenden 'Demokratischen Volksunion' (CDK), ist die Umsetzung der Idee einer Volksdemokratie auf Anweisung Abdullah Öcalans festzustellen. So sollen laut 'Özgür Politika' die regionalen Einheiten des KONGRA-GEL, die "Gebiete", so genannte Volksräte bilden, welche an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Strukturen des CDK beteiligt werden. In der ÖP wurde berichtet, dass diese Organisationsentwicklung auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden soll.

Gewalteskalation

Kampfhandlungen im Südosten der Türkei

Im Südosten der Türkei kommt es vermehrt zu Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und kurdischen Guerillaeinheiten der 'Volksverteidigungskräfte' (HPG). Hintergrund für diese Kämpfe ist der am 1. Juni 2004 durch die HPG aufgekündigte einseitige Waffenstillstand. Gründe für diese Kündigung sind die enttäuschten Erwartungen hinsichtlich einer positiven Resonanz der türkischen Regierung bezogen auf den Waffenstillstand und das aus Sicht der Organisation unzureichende Amnestieangebot. Nach dem fehlgeschlagenen Bemühen der türkischen Regierung, die USA in die Lösung der Kurdenfrage einzubinden, hat die türkische Armee seit Jahresbeginn die militärische Präsenz im Südosten der Türkei verstärkt und die Militäroperationen regional ausgeweitet und intensiviert. Seit dem Frühjahr dieses Jahres eskalieren die Kämpfe, die vermehrt Todesopfer auf beiden Seiten fordern.

Anschläge der 'Freiheitsfalken Kurdistans'

In den Städten und touristischen Zentren ist in der Türkei eine Stadtguerilla tätig, welche sich 'Freiheitsfalken Kurdistans' (TAK) nennen. Sie berufen sich bei ihren Aktionen auf Abdullah Öcalan, agieren aber nach eigenen Angaben unabhängig vom KONGRA-GEL. Ziel ihrer Aktionen ist es, die Wirtschaftskraft der Türkei zu schwächen. Die Organisation übernahm die Verantwortung für einen Bombenanschlag am 23. Juni 2005 auf eine Bandagenfabrikanlage in der Provinz Kocaeli (Izmit), bei dem 20 Menschen verletzt wurden. Für die Organisation, die bereits im Sommer letzten Jahres mehrere Anschläge in Touristenorten verübt hatte, war dies der 2. Anschlag in diesem Jahr. Bereits am 30. April 2005 hatte sie im türkischen Badeort Kusadasi eine Bombe gelegt, die bei dem Versuch sie zu entschärfen detonierte und einen Polizisten tötete und vier weitere Personen verletzte.

Am 29. Juni 2005 erklärte ein Sprecher der 'Freiheitsfalken' gegenüber der Mesopotamischen Nachrichtenagentur, dass die Angriffe der TAK auf zivile und militärische Ziele so lange andauern werden, wie die militärischen Operationen gegen die Kurden fortgesetzt werden. Die TAK-Mitglieder seien ebenfalls bereit, sich für ihre Zwecke aufzuopfern. Die TAK verstehe sich als eine unabhängige Organisation, die wegen der hoffnungslosen Lage der Kurden als Notwendigkeit ins Leben gerufen worden sei. Die TAK wies des Weiteren darauf hin, dass die Türkei nunmehr in punkto Investitionen und Tourismus ein Risikoland darstelle und warnt die Touristen ausdrücklich vor Reisen in die Türkei.

Gewaltaktionen im Zusammenhang mit der Spendenkampagne 2004/2005

Ende April 2005 endete die diesjährige Spendenkampagne des KONGRA-GEL. Die Gelder aus der jährlichen Spendenkampagne stellen eine bedeutende Einnahmequelle zur Finanzierung der Organisation dar. Die Spenden werden im wesentlichen bei Kurden und kurdischen Firmen eingefordert, die dem KONGRA-GEL nahe stehen. In Einzelfällen werden Spenden auch bei Personen und Firmen eingetrieben, welche mit Kurden in geschäftlicher Verbindung stehen. Seit der Festnahme Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 in Nairobi verliefen solche Kampagnen in Europa im wesentlichen gewaltfrei und friedlich.

In den letzten zwei Jahren häufen sich allerdings die Hinweise, dass Spenden auch unter Androhung und Ausübung tätlicher Gewalt gesammelt werden. Zu diesen Gewalttaten gehört auch die Erpressung eines türkischen Geschäftsmannes in Essen, der zur Zahlung einer Spende in sechsstelliger Höhe veranlasst werden sollte. Die Täter wurden zwischenzeitlich gefasst und vor Gericht gestellt. Der Haupttäter ist zu 2 Jahren Haft verurteilt worden.

Besondere Ereignisse

Festnahme eines stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL

Am 22. Januar 2005 wurde in Nürnberg Remzi Kartal, einer der insgesamt sechs stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL, aufgrund eines internationalen Haftbefehls verhaftet. Nach der Festnahme kam es zu verschiedenen bundesweiten Aktionen. An einer von der YEK-KOM angemeldeten Demonstration am 28. Januar vor dem Düsseldorfer Landtag nahmen etwa 150 Personen teil. Der Haftbefehl wurde am 1. März aufgehoben. Das zuständige OLG in Bamberg entschied, dass die durch die türkischen Behörden vorgelegte Auslieferungsun-

terlagen nicht geeignet seien, gegen Kartal eine endgültige Auslieferungshaft anzuordnen. Einem Bericht in der 'Özgür Politika' vom 2. März 2005 zufolge wertete Kartal die Entscheidung der deutschen Justiz als Beweis dafür, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Türkei nicht der Wahrheit entsprächen. Er forderte Deutschland auf, die "türkische Verleumdungspolitik" nicht weiter zu unterstützen.

Großdemonstration in Straßburg

Anlässlich des sechsten Jahrestages der Festnahme des "kurdischen Volksführers" Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 führten etwa 9.000 Anhänger des KONGRA-GEL unter dem Motto "Freiheit für Öcalan – eine demokratische Lösung der Kurdenfrage" am 12. Februar 2005 in Straßburg eine friedlich verlaufene Großdemonstration und eine Kundgebung mit musikalischem Rahmenprogramm sowie Redebeiträge verschiedener kurdischer Organisationen durch. Die Teilnehmer kamen überwiegend aus Deutschland.

Neben der zentralen Großveranstaltung in Straßburg fanden in verschiedenen anderen europäischen Städten sowie in der Türkei weitere Demonstrationen von Kurden statt. Auch die Veranstaltungen in Köln, Duisburg, Dortmund, Gießen und Hamburg verliefen ohne Zwischenfälle. Bei Demonstrationen zum selben Anlass in Istanbul und Diyarbakir kam es dagegen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Demonstranten und zwei Polizisten verletzt wurden.

Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest Newroz

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes führten Anhänger des KONGRA-GEL 19. und 20. März mehrere Veranstaltungen durch. Anstelle einer zentralen bundesweiten Großveranstaltung wurden neben drei Hallenveranstaltungen in Essen, Hamburg und Frankfurt zahlreiche Newroz-Feiern auf örtlicher Ebene organisiert. Die friedlich verlaufenden Kundgebungen und Veranstaltungen wurden meist durch die örtlichen Vereine der 'Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.' (YEK-KOM) ausgerichtet.

Am 19. März führte die KONGRA-GEL-nahe YEK-KOM ein Newroz-Fest in der Gruga-Halle in Essen durch. Nach Angaben der Polizei nahmen etwa 4.500 Personen teil. Unter ihnen befand sich auch der Vorsitzende des KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar. In seiner Begrüßungsrede forderte er die Europäische Union, insbesondere auch Deutschland, auf, die Entscheidung, den KONGRA-GEL in die Liste der terroristischen Organisationen aufzunehmen, rückgängig zu machen.

Urteilsverkündung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) am 12. Mai 2005 im Fall Abdullah Öcalan führten Anhänger des KONGRA-GEL in mehreren europäischen Großstädten friedlich verlaufene Solidaritätsveranstaltungen durch. Der EGMR hat in seinem rechtskräftigen Urteil den Prozessverlauf gegen Abdullah Öcalan aus dem Jahr 1999 in der Türkei als unfair gerügt. Zugleich bestätigte der Gerichtshof jedoch, dass weder die Inhaftierung und die Haftbedingungen Öcalans auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali noch dessen Festnahme im Februar 1999 in Kenia gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstießen. Eine Neuauflage des Verfahrens gegen Öcalan wird im Urteilsspruch zwar empfohlen, aber nicht verbindlich vorgegeben. Laut ÖP ermöglicht dieses Urteil der Türkei die Gelegenheit zur Lösung des "Kurdenproblems". Sollte sein Verfahren in der Türkei erneut eröffnet werden, so beabsichtigt er (Öcalan), dieses als Plattform für die kurdischen Interessen zu nutzen.

1.3.3 Liberation Tigers of Tamil Eelam

Mit der Flutkatastrophe in Asien Ende Dezember 2004, von der Sri Lanka und dort vor allen Dingen auch das überwiegend von Tamilen bewohnte Nord-Ost-Territorium besonders stark betroffen war, verband sich anfangs die Hoffnung auf eine positive Entwicklung der Annäherung zwischen der singhalesischen Zentralregierung und den nach Unabhängigkeit strebenden 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE). Diese Hoffnung hat sich jedoch sehr schnell zerschlagen, da im Zusammenhang mit der Verteilung der in einem erheblichen Maße zur Verfügung gestellten Hilfsgelder und -mittel der alte Konflikt zwischen den Parteien unmittelbar wieder entflammte. Die LTTE beklagt, dass die singhalesische Zentralregierung die betroffenen Tamilengebiete bei der Verteilung der Hilfsgüter erheblich benachteiligt, sie keine Hilfsprojekte in diesen Gebieten durchführt und die Armee darüber hinaus die Hilfstransporte und die Verteilung der Hilfsgüter auf unterschiedliche Weise behin-

dert. Verschiedenen Presseverlautbarungen der letzten Monate konnte entnommen werden, dass die Aussagen der LTTE zumindest teilweise zutreffend waren.

Die Flutkatastrophe hatte darüber hinaus auch Auswirkungen auf das Aktionsverhalten der LTTE und der in Deutschland tätigen ihr nahe stehenden Organisation 'Tamil Rehabilitation Organisation' (TRO). Die wesentliche Aufgabe der TRO, die Ende 2004 ihren Sitz von Mönchengladbach nach Wuppertal verlegt hat, besteht darin, in der Bundesrepublik Deutschland Gelder – für humanitäre Zwecke – zu sammeln. In diesem Zusammenhang wurden in der Vergangenheit fast ausschließlich die in Deutschland lebenden Tamilen angesprochen und zu entsprechenden Spenden aufgefordert. In der Öffentlichkeit trat die TRO so gut wie nicht in Erscheinung.

Dies änderte sich mit der Flutkatastrophe in Asien. Seit Anfang Januar 2005 führte die TRO in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten mit großem (finanziellen) Erfolg öffentliche Sammlungen durch. Zudem nutzt sie das Interesse der Medien und machte in der örtlichen Presse auf ihre humanitären Ziele aufmerksam.

Am 11. und 12. Juni 2005 unternahm die 'Tamil Youth Organisation' (TYO), eine Jugendorganisation der LTTE, im Düsseldorfer Hofgarten einen Hungerstreik, der sich unter anderem auch "gegen die ungerechte Verteilung der Tsunami-Gelder" richtete. An dem Hungerstreik selbst nahmen etwa 150 überwiegend jüngere Personen teil. Zudem waren zeitweilig bis zu 150 weitere Sympathisanten vor Ort. Kinder verteilten die deutschsprachige Ausgabe der 'Rehabilitation News', die von der TRO herausgegeben wird. Ein Team des tamilischen Radio- und Fernsehsenders TTN begleitete die Veranstaltung.

Die große Spendenbereitschaft in Deutschland, das öffentliche Auftreten der TRO und auch die in der Öffentlichkeit oftmals nicht bekannte Nähe zwischen der LTTE und der TRO führten dazu, dass der TRO nunmehr Gelder in ganz erheblichem Umfang zugeflossen sind.

1.4 Islamismus

1.4.1 Internationales Terrornetzwerk

Die größte Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands geht nach wie vor vom islamistischen Terrorismus aus. Es handelt sich dabei um eine hohe abstrakte Gefährdung, da es derzeit keine Hinweise auf konkrete Anschlagssziele oder Operateure gibt, ein Terrorakt theoretisch aber zu keiner Zeit und an keinem Ort ausgeschlossen werden kann. Durch den weltweiten Anti-Terrorkampf hat Al-Qaida zwar viel von ihrer personellen und operationellen Leistungskraft eingebüßt, dafür aber an symbolischer Stärke gewonnen. Die Führungsfiguren der Al-Qaida, insbesondere Usama Bin Laden und sein Stellvertreter Ayman al-Zawahiri, verstehen es, sich in regelmäßigen Video- und Tonbandbotschaften als Ikonen des internationalen Terrorismus darzustellen und ihren weithin bekannten Forderungen (Befreiung islamischen Bodens von "unislamischen Besatzern", Kampf gegen den Zionismus und die westliche Vorherrschaft, weltweite Islamisierung etc.) Ausdruck zu verleihen. In Video- und Audiobotschaften, die Al-Zawahiri im Februar und März lancierte, wurden sodann auch Drohungen gegen die "Völker der westlichen Welt" ausgesprochen und die Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage der Scharia gefordert.

Längst muss davon ausgegangen werden, dass Al-Qaida nur noch bei einem Bruchteil der terroristischen Anschläge weltweit direkt involviert ist. Nach ihrer Vertreibung aus Afghanistan seit Ende 2001 haben sich viele Mujahedin/Jihadisten an Kämpfen in anderen Krisenregionen beteiligt oder aber regionale Organisationen radikalisiert und neue Terrorstrukturen aufgebaut. In der Folge umfasst das Netzwerk des internationalen islamistischen Terrorismus heute einen geographisch größeren Raum. Es ist auch in sich dichter geworden, denn die Zahl regionaler und lokaler Terrorzellen hat sich vervielfacht und wächst anscheinend unkontrollierbar weiter. Dabei speisen sich die Aktivitäten der unzähligen Terrorzellen nur vordergründig aus der gleichen Ideologie. Betrachtet man die Konflikte genauer, an denen sich islamistische Terroristen weltweit beteiligen, so fällt auf, dass vom Maghreb über den Nahen Osten und Tschetschenien bis nach Süd-Ost-Asien ganz unterschiedliche Motive den gewaltsamen Kampf bestimmen. Regional definierte, machtpolitische und ethnische Interessen stehen deutlich im Vordergrund. Die führenden Köpfe der internationalen Terrorszene machen sich die Vielzahl der Konflikte, an denen Muslime beteiligt sind, zu Nutze und stützen ihnen die vermeintlich gemeinsame Ideologie des weltweiten Jihads über. Dabei sind sie in zweierlei Hinsicht erfolgreich: sie münzen regionale ethnische und/oder

soziale Konflikte in religiöse Konflikte um, und sie stellen sie in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen Glauben und Unglauben. Dadurch radikalisieren und indoktrinieren sie die jeweiligen Konfliktparteien in ihrem Sinne.

Auch in Regionen ohne gewaltsame Konfliktaustragung, beispielsweise in Europa, haben sich Terrorzellen etabliert, teils um dort Anschläge durchzuführen (Madrid 2004, London 2005), teils um Anschläge anderenorts finanziell und logistisch vorzubereiten.

Terroranschläge in London

Am Morgen des 7. Juli detonierten in London innerhalb einer Stunde Sprengsätze in drei U-Bahnen und einem Linienbus. Dabei starben 56 Menschen, 700 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Verantwortlich für die Anschläge sind islamistische Terroristen, die von Al-Qaida inspiriert waren, ohne direkten Kontakt zu der Terrororganisation gehabt zu haben. Großbritannien ist bereits seit Jahren im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Dem wichtigsten europäischen Koalitionspartner der Amerikaner im Irak-Krieg war in Video- und Audiobotschaften von Usama Bin Laden und anderen führenden 'Al-Qaida'-Mitgliedern immer wieder offen gedroht worden. Vierzehn Tage nach den Terroranschlägen war London erneut Schauplatz eines Anschlagversuchs. Diesmal zündeten die in Rucksäcken versteckten Bomben jedoch nicht, so dass Menschen nicht zu Schaden kamen. Durch diese Anschläge wird deutlich, dass trotz hoher Sicherheitsstandards und großer Wachsamkeit der britischen Sicherheitsbehörden Terrorangriffe dieser Art nicht zu hundert Prozent verhindert werden können. Bei der Aufklärung und Festnahme der Attentäter vom 21. Juli 2005 und möglicher Hintermänner waren die Sicherheitsbehörden dagegen schnell erfolgreich. Dennoch gibt Scotland Yard keine Entwarnung und rechnet mit weiteren Anschlägen.

Entwicklungen in Deutschland

Am 9. Juni 2005 bestätigte der Bundesgerichtshof den Freispruch im Strafverfahren gegen Abdelghani Mzoudi. Der als Terrorhelfer der Anschläge des 11. September 2001 angeklagte Mzoudi war vom Hanseatischen Oberlandesgericht am 5. Februar 2004 vom Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beihilfe zum Mord in 3.066 Fällen aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden. Der BGH wies in seiner Urteilsbegründung darauf hin, dass weder die ungewöhnliche Schwere des Tatvorwurfs noch das gesteigerte Interesse an der Ahndung des Terroranschlags eine Preisgabe rechtsstaatlicher Prinzipien rechtfertigen.

Die von Deutschland aus operierenden Unterstützer des Terrornetzwerkes sind häufig in Straftaten der Allgemein- oder Organisierten Kriminalität verwickelt. Durch organisierte Schleusungen und Fälschungsdelikte werden terroristische Zwecke in bestimmten Zielländern unterstützt und lukrative Geschäfte gemacht. Dabei geht man in der Regel äußerst professionell, arbeitsteilig und konspirativ vor. Moscheen und andere islamische Einrichtungen dienen häufig als Tarnung. Am 12. Januar fanden in fünf Bundesländern Razzien statt, auch in NRW. Dort konzentrierten sich die Durchsuchungen auf die Städte Düsseldorf und Bonn. Es wurden gegen zwölf Personen Haftbefehle vollzogen und weitere zwölf Personen vorläufig festgenommen. Sie alle sollen islamistische Netzwerke mit Urkunden, Vermögens- und Schleusungsdelikten unterstützt haben. Es wurden u. a. Propagandamaterial, Blanks-Pässe und Fälschungsutensilien sichergestellt.

Ein Schlag gegen einen professionellen Schleuser gelang im Rahmen von Exekutivmaßnahmen in Mainz und Bonn am 23. Januar. Dem in Mainz Festgenommenen wird vorgeworfen, Selbstmordattentäter für die derzeitigen Schwerpunkte des Jihad rekrutiert zu haben. Ein von ihm angeworbener Palästinenser, der in Bonn festgenommen wurde, war mit der Vorbereitung eines Selbstmordattentats beschäftigt und sollte zu gegebener Zeit in den Irak geschleust werden.

1.4.2 Irak

Der Irak, in dem zu Beginn des Krieges allenfalls mit dem Widerstand oppositioneller Sunniten oder Anhängern der ehemals regierenden 'Baath'-Partei gerechnet wurde, hat sich in den vergangenen Monaten zu einem Sam-

melpunkt islamistischer Terroristen entwickelt. Daran haben auch die am 31. Januar 2005 durchgeführten ersten freien Parlamentswahlen in der Geschichte des Landes nichts ändern können. Auch in NRW waren Exil-Iraker aufgerufen worden, sich an der Wahl zu beteiligen. Der Urnengang im Kölner Wahllokal verlief störungsfrei und wurde von vielen Irakern als Möglichkeit begriffen, sich aktiv am Aufbau der irakischen Demokratie zu beteiligen.

Ein Jahr nach der Machtübergabe an die irakische Übergangsregierung ist die Sicherheitslage im Land weiter angespannt. Seit Mai hat die militante Opposition ihre Angriffe noch weiter verstärkt. Dem gewaltsamen Kampf gegen die Exekutivorgane und Koalitionstruppen fallen immer wieder Zivilisten in großer Zahl zum Opfer. Seitdem die neue Regierung im April 2005 die Geschäfte in Bagdad übernommen hat, kamen mehr als 1000 Iraker und 120 Amerikaner ums Leben. Das Lager der Rebellen setzt sich aus ehemaligen Baathisten, radikalisierten Sunniten und von außen eingeschleusten Terroristen zusammen.

Die schlagkräftigste jihadistische Gruppierung im Irak mit der größten Außenwirkung ist die im Oktober 2004 von 'Al-Tawhid wa-l-Jihad' in 'Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidain' ('Organisation der Basis des Jihad im Zweistromland – TQJ) umbenannte Gruppierung unter der Führung von Abu Musab Al-Zarqawi. Obwohl Al-Zarqawi mit dem Akt der Umbenennung seiner Gruppe Usama Bin Laden die Treue schwor, liegt die operative Stärke im Irak weniger bei der Al-Qaida als in der Hand des Jordaniers, der die Anschlagziele selbst vorgibt. Als Drahtzieher zahlloser Terrorakte heizt er regelmäßig via Internet die Gewaltbereitschaft im Land an. Im ersten Halbjahr veröffentlichte seine Organisation eine Reihe von Erklärungen, in denen die Fortsetzung der Kampfhandlungen im Irak angekündigt und die angeblich "falsche Berichterstattung der Kreuzfahrer-Medien" angeprangert wurde. Eine Woche vor den irakischen Wahlen hatte sich Al-Zarqawi in einer Audiobotschaft gegen die Demokratie ausgesprochen und sie als "große Lüge der USA" bezeichnet.

Im März hat die TQJ über das Internet ein Magazin in Umlauf gebracht, in dem zum Krieg gegen Ungläubige im Irak aufgerufen und gegen demokratische Rechtssysteme polemisiert wird. Al-Zarkawi beabsichtigt nicht nur, einheimische Kräfte zu radikalisieren, sondern unterstützt auch die Einschleusung von Terroristen in den Irak. Im Mai verkündete er auf einer Web-Seite die Gründung einer von ihm angeführten "Märtyrer-Brigade" und forderte Jugendliche aus Europa auf, sich ihr anzuschließen. Er vertritt auch die Auffassung, dass der Tod von unbeteiligten Muslimen während des Kampfes gegen die Besatzung als "Kollateralschaden" in Kauf genommen werden muss. Von der ungezügelter Gewalt der Zarqawi-Anhänger haben sich mittlerweile selbst führende islamistische Köpfe der gewaltbereiten Szene abgewendet.

Ansar al-Islam

Eine irakische Terrorgruppe, die in Westeuropa und auch Deutschland durch die Schleusung von Terroristen in den Irak aufgefallen ist, ist die kurdische 'Ansar al-Islam'. Im Juni wurde im Rahmen einer bundesweiten Razzia ein Schlag gegen das Unterstützernetz der Terrorgruppe geführt. Durchsuchungen fanden u.a. in Bayern, Baden-Württemberg und NRW statt.

Im Juni hat in München der Prozess gegen einen früheren Anführer der Münchner 'Ansar al-Islam'-Zelle begonnen. Gegen den Anführer der Stuttgarter Zelle und zwei weitere Mitbeschuldigte bereitet der Generalbundesanwalt derzeit eine Anklage vor. Sie werden verdächtigt, im Dezember 2004 einen Anschlag auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten Iyad Allawi geplant zu haben.

1.4.3 Nahost-Konflikt

Die Wahl von Mahmud Abbas zum neuen Palästinenserpräsidenten am 9. Januar 2005 wurde weltweit als Friedensimpuls zwischen Palästinensern und Israelis gewertet. Ob es Abbas künftig gelingen wird, die HAMAS und andere militante Gruppierungen zu neutralisieren, ist offen. Die HAMAS verfügt innerhalb der palästinensischen Bevölkerung weiterhin über einen großen Rückhalt, wie der große Vorsprung bei den Gemeindewahlen im Januar zeigt. Die in NRW agierenden extremistischen Palästinensergruppen beobachten den politischen Prozess im Heimatland mit großem Interesse, sind aber deutlich um Zurückhaltung bemüht, um den Verfolgungsdruck durch die Behörden nicht zu erhöhen.

1.4.4 Al-Aqsa

Im Mai erging an den ehemaligen Vorsitzenden des verbotenen Aachener Spendensammelvereins 'Al-Aqsa e.V.' eine Ausweisungsverfügung. Ausschlaggebend war, dass der Jordanier die Ziele des Vereins maßgeblich beeinflusst und mit seinen Spendensammlungen für die HAMAS gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen hat. Am 3. Dezember 2004 hatte das Bundesverwaltungsgericht das am 31. Juli 2002 verfügte Vereinsverbot des Bundesministeriums des Innern bestätigt und festgestellt, das 'Al-Aqsa' in die Finanzierung der HAMAS eingebunden ist.

1.4.5 IGMG

Die 'Islamische Gemeinschaft Milli Görüs' (IGMG) ist weiterhin bestrebt, türkischstämmigen Muslimen eine eigenständige islamistisch-türkische Identität zu vermitteln, die sich in Abgrenzung zur freiheitlichen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland definiert. Sie hält nach wie vor die Verbindung zu den verschiedenen Teilen der "Milli-Görüs"-Bewegung und zu ihrem Gründungsvater und Chef-Ideologen, Necmettin Erbakan, aufrecht.

Am 9. April 2005 fand die 10. Jahreskonferenz der IGMG-Jugendorganisation im belgischen Genk statt. An der Veranstaltung nahmen über 8.000 Jugendliche aus ganz Europa teil. Eine Ansprache Necmettin Erbakans an die Jugend wurde auf der Veranstaltung auf einer Videowand eingespielt. Dabei soll er von ihr gefordert haben, sich aktiv in der IGMG zu betätigen und sich in der Führungsebene einzubringen.

Am 14./15. Mai 2005 wurde in der IGMG-Zentrale in Kerpen das diesjährige Familienfest gefeiert. Das Programm auf der Internetseite der IGMG weist als Redner unter anderen den ehemaligen Bürgermeister der türkischen Stadt Corum und Theoretiker der der "Milli-Görüs"-Ideologie zugrunde liegenden Schrift "Adil düzen" (gerechte Ordnung) aus. Ebenso waren Prof. Arif Ersoy, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der 'Fazilet Partisi' (FP), Prof. Numan Kurtulmus und Prof. Dr. Ihsan Süreyya Sirma, der Artikel für die Milli Gazete schreibt, vorgesehen. Die Ankündigung von Ersoy und Kurtulmus als Redner ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die IGMG nach wie vor Kontakte insbesondere zur islamistischen 'Saadet Partisi' (SP) in der Türkei pflegt.

1.4.6 Kalifatsstaat

Metin Kaplan, der Führer des verbotenen Kalifatsstaats, ist nach seiner Abschiebung in die Türkei im Oktober 2004 am 21. Juni 2005 von einem türkischen Gericht in Istanbul zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Kaplan 1998 einen Terroranschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara befohlen habe. Der Auffassung des Gerichts zufolge sollten die dort zum Nationalfeiertag versammelten Regierungsmitglieder mit einem sprengstoffbeladenen Kleinflugzeug angegriffen werden. Kaplan hatte bis zuletzt die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestritten. Sein Anwalt kündigte die Überprüfung des Urteils durch das Oberste Berufungsgericht an.

Anders als in der Vergangenheit, als Urteile deutscher Gerichte von Kaplan-Anhängern bisweilen durch lautstarke Protestkundgebungen bis in den Gerichtssaal begleitet wurden, reagierten seine Anhänger diesmal eher zurückhaltend. Protestaktionen in Köln und anderenorts blieben aus.

1.5 Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität

Für die Erfassung der Fälle politisch motivierter Kriminalität (PMK) ist in Nordrhein-Westfalen der polizeiliche Staatsschutz zuständig. Die nachfolgenden Zahlen basieren auf einem Bericht des Landeskriminalamtes NRW (LKA).

1.5.1 Gesamtentwicklung

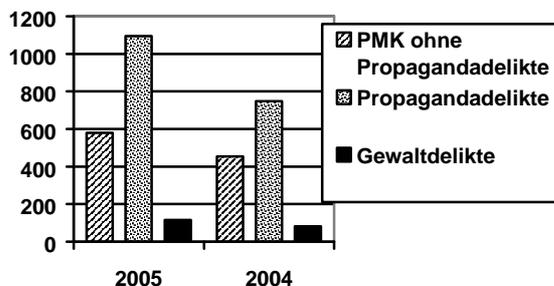
Deliktsqualität

Für den Zeitraum vom 01. Januar 2005 bis 30. Juni 2005 wurden dem LKA insgesamt 1.788 Straftaten (einschließlich Versuche) gemeldet, die der Politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen sind.

Bei 115 (6,4%) Straftaten handelte es sich um politisch motivierte Gewaltkriminalität (PMK-Gewalt). Weitere 1.094 (61,2%) Straftaten sind den Propagandadelikten gem. §§ 86, 86a Strafgesetzbuch (StGB) zuzurechnen.

Im Jahr 2004 wurden im Vergleich dazu 1.234 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 554 Delikte (44,9%). Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Zahl der Propagandadelikte von 748 auf 1094 (46,3%) zurückzuführen.

Die prozentuale Verteilung auf die Bereiche PMK-Gewalt, Propagandadelikte und der sonstigen PMK ist gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Die Schwankungsbreite beträgt zwischen 0,2% und 0,6%. In jeweils einem Fall wurden dem LKA Ermittlungsverfahren gemäß §§ 129, 129a und 129b StGB gemeldet.



Grafik 1: Anteile PMK nach Deliktsgruppen im Halbjahresvergleich

gleich

Gewaltdelikte

57 (49,6%) der 115 bekannt gewordenen Gewaltstraftaten sind dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts ("Rechts"), 43 (37,4%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – links – ("Links") und vier (3,5%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität ("Ausländer") zuzuordnen. Elf (9,5%) Fälle konnten keinem dieser Phänomenbereiche zugeordnet werden.

Im 1. Halbjahr 2004 wurden im Vergleich dazu 81 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 34 Delikte (42,0%). Hauptgrund ist der Anstieg der Fallzahlen aus dem Phänomenbereich "Links" von 20 auf 43 Delikte (115,0%). 38 dieser Delikte (88,4%) standen im Zusammenhang mit Demonstrationen.



Grafik 2: Gewaltdelikte nach Phänomenbereichen 1. Halbjahr 2005

1.5.2 Phänomenbereiche

Einteilung nach Phänomenbereichen

Von den 1.788 Fällen der Politisch motivierten Kriminalität entfielen 1.347 (75,3%) auf den Phänomenbereich "Rechts", 196 (11,0%) auf den Phänomenbereich "Links" und 25 (1,4%) auf den Phänomenbereich "Ausländer". 220 (12,3%) Fälle waren keinem der genannten Phänomenbereiche zuzuordnen.

Der Gesamttrend wird überwiegend von der Steigerung der Fallzahlen von 951 auf 1.347 (41,6%) im Phänomenbereich "Rechts" bestimmt und macht die zahlenmäßige Dominanz dieses Phänomenbereiches gegenüber den anderen Bereichen deutlich.

Die Entwicklung der Bereiche "Links" und "Sonstige/Nicht zuzuordnen" ist ebenfalls ansteigend. Die Zunahme ist mit 107 (120,2%) Delikten im Phänomenbereich "Links" am deutlichsten ausgefallen. Im Bereich "Sonstige/Nicht zuzuordnen" stiegen die Fallzahlen um 52 (31,0%) Delikte. In dem Phänomenbereich "Ausländer" fällt der Rückgang mit einem Delikt (-3,8%) gering aus.

Der Anstieg im Phänomenbereich "Rechts" ist zum überwiegenden Teil auf den Anstieg der Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB um 302 Delikte (45,1%) zurückzuführen. Straftaten gemäß § 86a StGB, bei denen keine Tatsachen für oder gegen eine extremistische Begehungsweise vorliegen, sind dem Verfassungsschutz als Prüffälle zur Bewertung vorzulegen. Der Verfassungsschutz des Landes NRW bewertete diese Prüffälle gemäß eines gemeinschaftlichen Beschlusses aller Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich als extremistisch.

Eine extremistische Straftat muss aber immer einem der drei Phänomenbereiche "Ausländer", "Links" oder "Rechts" zugeordnet werden. Dementsprechend werden diese Delikte dem Phänomenbereich "Rechts" zugeordnet.

Die Deliktsschwerpunkte lagen im Phänomenbereich "Rechts" wie im Vorjahr bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (972), Volksverhetzungs- (194) und Körperverletzungsdelikten (52). Im Bereich "Links" lag der Deliktsschwerpunkt wie im Vorjahr auf dem Bereich Sachbeschädigung (53). Allerdings bildete sich in diesem Jahr mit den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (51) ein weiterer Schwerpunkt. Im Phänomenbereich "Ausländer" gab es keinen Schwerpunkt.

Bei den Delikten, die keinem Phänomenbereich zuzuordnen waren, lag der Deliktsschwerpunkt wie in den Vorjahren bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (118).

Deliktgruppen	Ausländer				Links				Rechts				Nicht zuzuordnen			
	2005	2004	Diff.	%	2005	2004	Diff.	%	2005	2004	Diff.	%	2005	2004	Diff.	%
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	1	0	1	100,0	0	0	0	0,00
Brand-/Sprengstoffdelikte	0	0	0	0,0	1	0	1	100,0	0	1	-1	-100,0	1	2	-1	-50,00
Landfriedensbruchdelikte	0	0	0	0,0	16	2	14	700,0	1	0	1	100,0	1	0	1	100,00
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	0	0	0,0	3	0	3	300,0	0	0	0	0,0	1	1	0	0,0
Körperverletzungsdelikte	0	1	-1	-100,0	9	8	1	12,5	52	51	1	2,0	4	1	3	300,0
Widerstandshandlungen	0	0	0	0,0	14	9	5	55,6	2	1	1	100,0	4	0	4	400,0
Raub/ Erpressung/ Freiheitsberaubung	4	2	2	100,0	0	1	-1	-100,0	1	1	0	0,0	0	0	0	0,0
Sexualdelikte	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Gewaltdelikte	4	3	1	33,3	43	20	23	115,0	57	54	3	5,6	11	4	7	175,0
Bedrohungen/Nötigungen	6	5	1	20,0	3	4	-1	-25,0	16	5	11	220,0	2	7	-5	-71,4
Sachbeschädigungen	4	2	2	100,0	53	39	14	35,9	22	14	8	57,1	44	47	-3	-6,4
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	1	0	1	100,0	3	3	0	0,0	972	670	302	45,1	118	75	43	57,3
Volksverhetzungen	3	4	-1	-25,0	1	0	1	100,0	194	174	20	11,5	4	7	-3	-42,9
Störung des öffentlichen Friedens	0	4	-4	-100,0	0	0	0	0,0	1	0	1	100,0	0	3	-3	-100,0
Beleidigungen	2	0	2	200,0	20	2	18	900,0	34	19	15	78,9	9	12	-3	-25,0
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	1	4	-3	-75,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	0	0	0	0,0	51	11	40	363,6	19	8	11	137,5	8	2	6	300,0
sonstige Straftaten	4	4	0	0,0	22	10	12	120,0	32	7	25	357,1	24	11	13	118,2
Summe Gesamt	25	26	-1	-3,8	196	89	107	120,2	1347	951	396	41,6	220	168	52	31,0

Tabelle 1: PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich

1.5.3 Extremistische Straftaten

Insgesamt wurden 1.344 (74,2%) Straftaten als extremistisch gemeldet. Davon entfielen 1.273 (94,7%) auf den Phänomenbereich "Rechts" und 51 (3,8%) auf den Phänomenbereich "Links". Im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität wurden 20 (1,5%) Fälle von Extremismus verzeichnet.

1.5.4 Internationale Bezüge

Bei 57 (3,2%) aller Politisch motivierten Straftaten wurde ein internationaler Bezug festgestellt. Davon entfielen 25 (43,9%) auf den Phänomenbereich "Rechts", 20 (35,1%) auf den Phänomenbereich "Ausländer" und fünf (8,7%) auf den Phänomenbereich "Links". Sieben (12,3%) Fälle waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

1.5.5 Themenfelder

Gesamtdarstellung

Insgesamt lagen die thematischen Schwerpunkte der Straftaten wie in den Vorjahren in den Bereichen Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus mit 1.093 Nennungen und Hasskriminalität mit 390 Nennungen. Ursächlich hierfür ist die zahlenmäßige Dominanz des Phänomenbereichs "Rechts", dem diese Themenfelder hauptsächlich zuzuordnen sind. Im Phänomenbereich "Links" lagen die Schwerpunkte bei den Themen Konfrontation/ politische Einstellung (102), Antifaschismus (101) und Innen- und Sicherheitspolitik (83). Im Phänomenbereich "Ausländer" betrafen die meisten Delikte die Themenfelder Innen- und Sicherheitspolitik (13) und Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität (12). Bei den Delikten, die keinem Phänomenbereich zuzuordnen sind, lagen die Deliktsschwerpunkte bei den Themenfeldern Innen- und Sicherheitspolitik (50) und Konfrontation/politische Einstellung (34).

Zu beachten ist, dass bei der Zuordnung von Delikten zu einzelnen Themenfeldern eine Mehrfachnennung nicht nur möglich, sondern, sofern zutreffend, ausdrücklich erwünscht ist. So wurden bei Delikten, die dem Themenfeld Hasskriminalität zugeordnet worden sind, sehr häufig andere Themenfelder mitgenannt. Die Gesamtzahl aller genannten Themenfelder übersteigt somit zwangsläufig die Gesamtzahl der gemeldeten Delikte.

Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten

Bei den 105 Straftaten, die (zumindest auch) aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wurden (antisemitische Straftaten), handelte es sich zum überwiegenden Teil (99) um Straftaten aus dem Phänomenbereich "Rechts". In vier Fällen war die Straftat dem Phänomenbereich "Ausländer" und in einem Fall dem Phänomenbereich "Links" zuzuordnen. Ein weiterer Fall war keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Von den 307 zumindest auch fremdenfeindlichen Straftaten entfielen 288 auf den Phänomenbereich "Rechts" und vier auf den Phänomenbereich "Ausländer". 15 Straftaten waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Straftaten um 76 (32,9%). Damit stehen 13,7% der Steigerung bei den Gesamtzahlen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten. In 32 Fällen waren die Taten sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch motiviert. In beiden Bereichen lagen die Deliktsschwerpunkte bei Volksverhetzung (65 antisemitisch, 143 fremdenfeindlich) und Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (26 antisemitisch, 72 fremdenfeindlich).

Straftaten zum Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus

Bei zwei Delikten war das Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus betroffen bzw. nicht mit Sicherheit auszuschließen. Der Anteil an der Gesamtanzahl beträgt 0,1%.

Straftaten zum Themenfeld Sozialpolitik

Insgesamt wurden mir 32 Straftaten gemeldet, die im Zusammenhang mit dem Themenfeld Sozialpolitik standen. Bei dem überwiegenden Teil der Straftaten (17) handelte es sich um Delikte im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen. Die Anzahl der Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr um sieben Delikte.

Straftaten im Zusammenhang mit der Landtagswahl NRW

116 Straftaten standen im Zusammenhang mit der Landtagswahl. Dies entspricht 20,9% der Steigerung bei den Gesamtfallzahlen.

Diese Straftaten sind den Themenfeldern Innen- und Sicherheitspolitik sowie Konfrontation/politische Einstellung zuzuordnen. Hier ist auch mit einem Zuwachs von 161 bzw. 111 Nennungen zum Vorjahr, die höchsten Anstiege nach dem Themenfeld Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus zu verzeichnen.

Bei dem überwiegenden Teil der Straftaten (56) handelte es sich um Sachbeschädigungs- bzw. Diebstahlsdelikte. 40 Delikte konnten keinem Phänomenbereich, 40 dem Phänomenbereich "Rechts" und 36 dem Phänomenbereich "Links" zugeordnet werden.

Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen

Insgesamt wurden 152 Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen gemeldet. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 71 (87,7%) Delikte. Diese Steigerung entspricht 12,8% der Gesamtsteigerung.

104 Delikte entfallen auf den Phänomenbereich "Links", 33 auf den Phänomenbereich "Rechts". 15 Delikte waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Den Schwerpunkt bildeten hier die Demonstrationen im Rahmen der so genannten Rechts-Links-Konfrontation. So entfielen allein auf drei Demonstrationen 51 (33,6%) Straftaten.

Diese Straftaten sind den Themenfeldern Antifaschismus und Konfrontation/politische Einstellung zuzuordnen. Auch hier sind deutliche Steigerungen bei den Nennungen gegenüber dem Vorjahr mit 111 bzw. 83 zu verzeichnen.

Fazit

Die Entwicklung der Gesamtfallzahlen der letzten fünf Jahre entspricht einer Kurve, die in den Jahren 2002 bis 2004 auf einem niedrigen Niveau verläuft. Mit 1.788 Delikten im Jahr 2005 wird dieses niedrige Niveau verlassen und der bisherige Spitzenwert von 1.654 Delikten aus dem Jahr 2001 überboten.

Ein Grund für diese Steigerung ist im Zusammenhang mit der Landtagswahl zu sehen. Im Vergleichszeitraum 2001 bis 2004 fand keine im Fokus der Öffentlichkeit stehende Wahl (Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl) statt. Straftaten, die im Zusammenhang mit der wenig beachteten Wahl zum Europaparlament standen, fielen im Jahr 2004 kaum ins Gewicht. Ein weiterer Grund für den Anstieg ist die erkennbare Steigerung von Straftaten im Zusammenhang mit Rechts-Links-Konflikten, insbesondere bei demonstrativen Ereignissen.

Auch der Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten, die in der Regel dem Phänomenbereich "Rechts" zuzuordnen sind, trägt mit zur Steigerung der Gesamtfallzahlen bei. Andere Themen, die im Fokus der Öffentlichkeit standen, wie z. B. Hartz IV, hatten kaum Auswirkungen auf die Entwicklung der Fallzahlen. Geografisch ist die Entwicklung fast einheitlich. In nahezu allen Bereichen sind, wenn auch prozentual unterschiedlich, Steigerungen festzustellen. Geografisch betrachtet sind neben den bereits oben genannten Gründen noch andere Faktoren erkennbar. In einigen Fällen lagen örtlich und zeitlich begrenzte Tatserien vor, die wegen der statistisch gesehen geringen Ausgangszahlen zu größeren prozentualen Schwankungen führen. In einem anderen Fall führten verstärkte Maßnahmen des BGS an Bahnhöfen zu einer Aufhellung des Dunkelfeldes.

Weitere Gründe für das starke Ansteigen der Fallzahlen, insbesondere im Phänomenbereich "Rechts", sind aus den vorliegenden Daten nicht erkennbar.

1.5.6 Herausragende Sachverhalte

Leichlingen, 19. Januar 2005

In den frühen Abendstunden steckte ein 14-jähriger Jugendlicher im Hausflur einer Asylantenunterkunft einen Kinderwagen in Brand. Dadurch entzündeten sich auch die Eingangstür und die Starkstromverkabelung an der Decke. Das Feuer konnte durch Anwohner gelöscht werden. Personenschaden entstand nicht.

Der Jugendliche ist hinsichtlich seiner pyromanischen Veranlagung bekannt. Mit beigetragen bei der Auswahl seines Tatortes hat auch eine gewisse fremdenfeindliche Haltung des Jugendlichen, die auf Probleme mit ausländischen Klassenkameraden zurückzuführen ist.

Dortmund, 28. März 2005

In den frühen Abendstunden kam es im Gleisbereich einer U-Bahnhaltestelle zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem Mitläufer der örtlichen rechten Szene und einem Angehörigen der örtlichen Punkszene. Der spätere Beschuldigte war in Begleitung seiner Freundin.

Im weiteren Verlaufe des verbalen Streites zog der Beschuldigte ein Messer und verletzte den Geschädigten damit derart schwer im Brustbereich, dass dieser noch am gleichen Abend im Krankenhaus an seinen Verletzungen verstarb. Der Beschuldigte konnte festgenommen werden. Gegen ihn erging Haftbefehl.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand kann eine politische Motivation des Beschuldigten nicht ausgeschlossen werden. Die Ermittlungen dauern weiter an.

Bielefeld, 20. April 2005

In den späten Abendstunden wurde der Tierunterstand der Biologischen Station Bielefeld/Gütersloh von bisher unbekanntem Tätern in Brand gesetzt. Durch die eintreffende Feuerwehr konnte der Brand gelöscht werden.

Dieser Brand steht im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Straftaten, die ihren Anfang mit der geplanten Trassenverlegung und Weiterbau der A 33 seit dem Jahr 1999 haben.

Nachdem ein Gutachten ergab, dass die von der Station genutzten Rieselfelder Naturschutzgebiet sind, ist die im jetzigen Planfeststellungsverfahren befindliche Trasse näher an den Stadtteil Windflöte heran gelegt worden. Teile der betroffenen Bevölkerung geben der Biologischen Station die Schuld für diese Trassenverlegung, obwohl dies nicht auf deren Betreiben hin geschehen ist.

2 Aussteigerprogramm – eine Zwischenbilanz

"Ich steig' jetzt aus!" Worte eines Ausstiegswilligen, die Entschlossenheit verkörpern aber auch den Ruf nach Hilfe signalisieren. So leicht es ist, in die rechte Szene abzugleiten, so schwierig und steinig ist der Weg aus der Szene heraus. Der Ausstiegswillige muss lernen, in der Gesellschaft wieder Fuß zu fassen. Soziale Kontakte außerhalb der Szene bestehen zumeist nicht mehr. Diese sind aber besonders wichtig, um sich erfolgreich aus der Szene zu lösen. Ohne staatliche Hilfe ist dann ein erfolgreicher Ausstieg nur schwer möglich. Im Bewusstsein, dass ein von Toleranz geprägtes, demokratisch verfasstes Gemeinwesen nicht darauf verzichten kann, auch denen zu helfen, die die rechtsextremistische Szene wieder verlassen wollen, hat das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus im Juli 2001 das Aussteigerprogramm ins Leben gerufen.

Dabei soll insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit eröffnet werden, sich von ihrer Perspektivlosigkeit zu verabschieden und von alten "Freunden" zu lösen. Aktivisten und Mitläufer werden angesprochen und erhalten so die Chance, sich von der menschenfeindlichen Ideologie des Rechtsextremismus zu trennen. Das Aussteigerprogramm ergänzt damit die zahlreichen präventiven behördlichen Maßnahmen durch das Angebot an Rechtsextremisten, die rechtsextremistische Szene mit staatlicher Hilfe wieder verlassen zu können.

Hierfür hat die Landesregierung im Bürger- und ServiceCenter Call NRW der Staatskanzlei eine telefonische Kontaktmöglichkeit (Tel.: 0180 3100110) geschaffen. Angesprochen sind alle Mitläufer, Aktivisten oder auch Führungspersonen, die beim Verlassen ihres rechtsextremen Umfeldes unterstützt werden möchten. Bei Straftätern, erwachsenen Mitläufern und Aktivisten der Szene wird der Kontakt zu einer eigens ausgewählten Vertrauensperson – dem Aussteigerbetreuer des Innenministeriums – hergestellt, der für jeden Einzelnen ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegskonzept entwickelt und bei dessen Umsetzung behilflich ist.

Das Spektrum der Ausstiegshilfen ist breit und wird den Anforderungen im Einzelfall angepasst. Es umfasst intensive Beratungsgespräche, Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise bei der Erlangung des Führerscheins oder eines Ausbildungsabschlusses), psychologische Hilfe, die Eingliederung in Entziehungsmaßnahmen, die Hilfe bei Familienzusammenführung, Umzugshilfen und Haftbetreuung. Fanden Rechtsextremisten zunächst den Weg in das Programm über die bei der Staatskanzlei geschaltete Hotline, so wurde seit dem Jahr 2003 auch nachhaltig das Instrument der aktiven Ansprache genutzt.

Neben dem Verfassungsschutz selbst hat insbesondere die Polizei weit über 2.000 Personen, die als Mitläufer, Aktivisten oder Führungspersonen der rechtsextremistischen Szene eingestuft werden, auf die Möglichkeit des Ausstiegs hingewiesen. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen von Verfassungsschutz und Polizei konnten so bis Ende Juni 2005 insgesamt 88, überwiegend straffällig in Erscheinung getretene 20- bis 30-jährige Personen in das Programm aufgenommen werden. Sie sind zumeist arbeitslos und stammen aus belasteten Familiensituationen. 26 von ihnen haben inzwischen die rechtsextremistische Szene endgültig verlassen.

Da ein Viertel der Ausstiegswilligen sich aus der Haft heraus für das Programm beworben hat, führt der Verfassungsschutz verstärkt auch Vortragsveranstaltungen in Justizvollzugsanstalten (JVA) durch. Im Vordergrund dieser Veranstaltungen steht das Bemühen, Sozialarbeiter und sonstige Betreuer als Werber für das Aussteigerprogramm zu gewinnen. Als Folge dieser Veranstaltungen konnten im Jahr 2004 weitere Neuzugänge in das Programm aufgenommen werden.

Die aktive Ansprache durch Polizei, JVA-Bedienstete und Verfassungsschutz hat aber auch andere, nicht messbare positive Effekte. Einigen Szeneangehörigen wurde erst durch die Ansprache deutlich, dass der Staat rechtsextremistische Umtriebe genau verfolgt und – soweit strafbar – auch sanktioniert. Eltern wurde teilweise erstmals bewusst, in welchem Umfeld sich ihre heranwachsenden Kinder bewegen. Etliche Personen distanzieren sich unter dem Eindruck dieser Erfahrungen deutlich von der rechtsextremistischen Szene. Stetig gestiegen ist deshalb auch die Besorgnis in rechtsextremistischen Kreisen, ihre Anhänger zu verlieren bzw. nicht zu wissen, wer noch zu ihnen gehört. So haben Rechtsextremisten auch schon den Versuch unternommen, durch vorgetäuschte Ausstiegswilligkeit das Programm zu unterlaufen.

Auch der Informationsstrang zu den Kommunen, denen bei der Umsetzung dieses Programms eine bedeutende Unterstützerrolle zukommt, wurde weiter optimiert. Alle Kommunen wurden noch einmal über den Sinn und Zweck und die politische Bedeutung des Aussteigerprogramms informiert. Dies führte zur Nennung weiterer kommunaler Ansprechpartner und verbunden damit zu einer noch effektiveren Hilfe für Ausstiegswillige.

Insgesamt zeigt sich, dass im Kampf gegen den Rechtsextremismus Aufklärung, aktives Zugehen auf die Angehörigen der rechtsextremistischen Szene und die intensive Zusammenarbeit verschiedener öffentlicher Stellen unverzichtbar sind.

3 Die extreme Rechte und ihre neuen Erscheinungsformen

"Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann." "Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat." Die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten halten Redner der NPD im sächsischen Landtag für "industriell geplanten Massenterror" und "Bomben-Holocaust". So klingen führende Funktionäre der rechtsextremistischen NPD, wenn sie Klartext reden. Sind das Ausrutscher oder offenbart sich ihre wahre Gesinnung, wenn sie sich im Taumel einer partiellen Erfolgseuphorie befinden, wie nach dem Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen?

Die NPD, die in Sachsen Landtagsmandate erringen konnte, ist nicht mehr die Partei, wie sie sich in den 60er Jahren präsentierte, sondern eine NPD im neuen Gewand. Was aber ist das Neue an dieser Partei? Die extreme Rechte ist mit den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg sowie punktuell im Saarland und bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Die Wahlerfolge werden – trotz der für die NPD enttäuschenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen – von den rechtsextremistischen Parteien als Beweis für die Richtigkeit und Wirksamkeit ihrer neuen Strategie gewertet:

- : Erfolgreiche Bündelung aller rechtsextremistischen Kräfte für eine "Volksfront von rechts" durch Überwindung historisch gewachsener Abgrenzungen.
- : Signifikante Änderung rechtsextremistischer Agitationsinhalte mit starker Betonung aktueller gegenwartsbezogener Fragen. Dabei stellt insbesondere die NPD die soziale Frage in das Zentrum der Diskussion (aktuell: Harz IV).

Diese Kursänderung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die Übernahme des Bundesparteivorsitzes durch Udo Voigt im Jahre 1996. Voigt hat die Potenziale der Partei erkannt und ihr ein "modernes" Erscheinungsbild gegeben, ohne mit den Traditionalisten zu brechen.

Bereits für die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 19. September 2004 zeichneten sich erste Schritte zur Zusammenarbeit von DVU und NPD ab. Die DVU trat nur in Brandenburg, die NPD nur in Sachsen zur Wahl an. Ziel dieser Absprache war, nicht gegeneinander anzutreten, um so die rechtsextremistischen Stimmen zu bündeln. Am Wahltag veröffentlichte das Parteipräsidium der NPD im Internet eine Erklärung mit der Überschrift "Volksfront statt Gruppenegoismus". Mit dieser Zielsetzung traten zeitgleich drei führende neonazistische Aktivisten in die NPD ein, davon einer aus NRW.

Einen Monat später rief der NPD-Bundesvorsitzende Voigt in seiner Rede auf dem Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober 2004 zu einem "Kampf um den organisierten Willen" auf. Damit fügte die NPD ihrem bisherigen Drei-Säulen-Konzept ("Kampf um die Köpfe", "Kampf um die Straße" und "Kampf um die Parlamente") eine weitere Säule hinzu. Darüber hinaus kündigte der NPD-Bundesvorsitzende in Gegenwart des amtierenden DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey eine weitere Wahlabsprache an. Dabei war vorgesehen, dass die NPD zur Bundestagswahl 2006 antritt (die NPD wird jetzt bei der vorgezogenen Bundestagswahl im September kandidieren) und auf ihrer Liste auch DVU-Kandidaten aufnimmt, während zur Europawahl 2009 umgekehrt die DVU antritt und NPD-Kandidaten auf ihrer Liste aufnehmen soll. Diese Vereinbarung wurde auf dem Bundesparteitag der DVU am 15./16. Januar 2005 als so genannt

ter Deutschlandpakt beschlossen. Im Ergebnis dieser Absprachen kandidierte allein die NPD auch bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

Zur Strategie der NPD gehört neben dem geschilderten Versuch, rechtsextremistische Kräfte zu bündeln, auch das Tarnimage des Biedermannes und netten Nachbarn von nebenan. Adrett gekleidet, ein offenes Ohr für die alltäglichen Sorgen des "kleinen Mannes", werden sozial- und wirtschaftspolitische Themen bearbeitet und mit Politikverdrossenheit geschickt verbunden. Slogans der NPD wie "Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag", "Quittung für Harz IV: jetzt NPD" oder "Wir sind die echte Opposition" sollen den "kleinen Mann" auf der Straße dort abholen, wo er steht. Slogans wie diese zeigen deutlich den Versuch der NPD, die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und sozialen Protestbewegungen verschwimmen zu lassen.

Längst sind es nicht mehr nur die klassischen rechtsextremen Einstellungsmuster aus Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die mit dumpfen Parolen, mit "Ausländer raus-" Sprüchen unter das Volk gebracht werden. Rechtsextremisten haben erkannt, dass offen zutage tretende rechtsextremistische Thesen insbesondere Wähler mit bürgerlichem Selbstverständnis abschrecken. Daher wird versucht, ideologische fremdenfeindliche Einstellungen mit sozialen und ökonomischen Themen zu verbinden. Die Arbeitsmarktlage und die Kritik an Globalisierung und Kapitalismus sind dabei dankbare Felder, um rechtsextremistische Ideologie verschleiert und unter Ausnutzung der Ängste betroffener Bürger und Bürgerinnen zu transportieren. Unter dem Deckmantel der sozialpolitischen Interessenvertretung werden antidemokratische Parolen und Positionen verbreitet.

Wird der Deckmantel gelüftet, offenbart sich der Rechtsextremismus, und es zeigen sich "Ausrutscher," wie sie jüngst von führenden NPD-Mitgliedern im sächsischen Landtag oder seitens des Parteivorsitzenden im Interview mit der 'Jungen Freiheit' zu vernehmen waren. Sie zeigen deutlich: Die NPD will keine parlamentarische Demokratie, sondern einen völkisch orientierten Führerstaat mit deutlicher Anlehnung an den Nationalsozialismus.

Aber nicht nur die Darstellung ihrer rechtsextremistischen Ideologie passen die Rechtsextremen den aktuellen sozialen Gegebenheiten an, auch ihr eigenes Erscheinungsbild und Auftreten hat sich verändert. Dominierten in der Vergangenheit überwiegend "Ewig-Gestrige" und tumbe Glatzköpfe die Szene, finden sich heute immer häufiger geschulte und professionell auftretende Funktionäre. So gehört es beispielsweise zur neuen Strategie der NPD, führende Köpfe der Neonazis stärker einzubeziehen. Die NPD versucht damit, diese sich politisch betätigenden Personen und Gruppen in die eigene politische Arbeit einzubinden.

Agieren und provozieren, gezielt und geplant, möglichst ohne strafrechtliche Angriffsflächen zu bieten mit dem Ziel, in den Medien wahrgenommen zu werden, gehört ebenfalls zur neuen Strategie der Rechten. Dabei wird die Demonstration genauso genutzt wie die parlamentarischen Bühne. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag hat gezeigt, dass die NPD den Zugang zu den Medien als eine neue Möglichkeit begriffen hat, die Öffentlichkeit zu erreichen. Die Debatte um den Jahrestag der Bombardierung Dresdens ist dafür ein bezeichnendes Beispiel: Geschichtliche Deutungen wurden so weit getrieben, bis es für einen Skandal in den Medien reichte; sie hörten erst dort auf, wo es strafrechtlich bedeutsam wurde. Die NPD hat erkannt, dass die in diesem Zusammenhang erfolgte Medienberichterstattung zwar für Publicity gesorgt, das Bild der Partei aber eher negativ beeinflusst hat. Dennoch hält die NPD an ihrer Strategie der "Medienpräsenz" unbeirrt fest. So hoffte sie darauf, bei einer Demonstration ihrer Jugendorganisation am 60. Jahrestag des Kriegsendes symbolträchtig – unter Ausnutzung der Macht der Bilder im Rahmen der Berichterstattung und dem Motto "60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuldskult!" – auf der Straße Unter den Linden in Richtung Brandenburger Tor marschieren zu können. Gerade Demonstrationen haben in der Szene zu einem neuen Selbstbewusstsein beigetragen. Sie bieten für die eigenen Anhänger einen wichtigen identitätsstiftenden Faktor nach innen ebenso, wie sie nach außen als politischer Machtfaktor propagiert werden. Doch der Plan scheiterte. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Auflagen des Berliner Polizeipräsidenten bestätigt hatte (diese sahen unter anderem das Verbot vor,

den Aufzug am Denkmal für die ermordeten Juden Europas vorbeizuführen), blieb für die rechtsextremen Demonstranten nur ein isoliertes Dasein am Alexanderplatz übrig. Um die Welt gingen vor allem die Bilder der Abertausende, die am Sonntag friedlich am Brandenburger Tor und anderswo den 8. Mai feierten.

Ein weiterer Versuch, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen, war der Aufruf des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und des bekannten Neo-Nazis und NPD-Neukaders Thomas Wulff zur aktiven Einflussnahme von Rechtsextremisten auf die 'Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit' (WASG). Das Medienecho war erheblich; die NPD konnte sich über die erhofften Schlagzeilen freuen und sich als die "wahre soziale Partei" feiern.

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextremistische Spektrum, die "soziale Frage" mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als "Rächer der sozial Benachteiligten" zu stilisieren. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den "bankrotten" westlichen Parlamentarismus und eine "kapitalistische Plutokratie" richtet. Auch der rechtsextremistische Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf "die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen" und kommt nur denen zugute, die als zum deutschen Volk gehörig akzeptiert werden. Er ist mit einer offenen, pluralistischen Gesellschaft nicht vereinbar.

Die Strategie von Rechtsextremisten, sich an Protestbewegungen anzuhängen, ist nicht neu. So versuchte die Szene erfolglos, sich unter anderem an Demonstrationen von Globalisierungskritikern, gegen den Irak-Krieg und gegen "Hartz IV" zu beteiligen und diese mit ihren Inhalten zu besetzen. Die Bevölkerung – verstanden als "Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft" – soll unter Berufung auf einen rechtsextremistisch gewendeten Solidaritätsbegriff gegen die "volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung" in Stellung gebracht werden. Beispielhaft sind Parolen wie "Sozialismus ist braun" und "Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national".

Als weitere Zielgruppe hat die NPD neben dem bürgerlichen Spektrum verstärkt auch Jugendliche entdeckt. Damit folgt sie dem neuen Trend anderer Rechtsextremisten, über die Erlebniswelt "Musik" Jugendliche für ihre Ideologien zu gewinnen. Dieser Schritt beginnt bereits häufig im Kindesalter, da gerade Musik junge Menschen anspricht. Musik ist damit ein zentrales Element einer "rechtsextremistischen Erlebniswelt" geworden. Dies haben Rechtsextremisten erkannt und versuchen, es für sich zu nutzen. Im Jahr 2004 sollte eine "Schulhof-CD" mit verschiedenen rechtsextremistischen Musiktiteln erstellt und kostenlos verteilt werden. Die Vorbereitung für Produktion und Verteilung der CD erfolgte höchst konspirativ. Eine Verteilung ist bisher nicht erfolgt, vermutlich, weil das Amtsgericht in Halle/Saale die Beschlagnahme der CD angeordnet hat: Die Inhalte der CD seien "offenkundig schwer jugendgefährdend". Die Stücke der CD sind aber im Internet verfügbar.

Die Idee einer solchen "Werte-CD" griff auch die NPD auf und verteilte sowohl im Rahmen des Wahlkampfes in Sachsen als auch in Schleswig-Holstein eine Musik-CD. Ziel war es, auch hier vermehrt das jüngere Publikum anzusprechen. Eine strafrechtliche Relevanz dieser NPD-CD wurde bisher in Sachsen und Schleswig-Holstein verneint. Die NPD will diese CD zum Schwerpunkt ihrer Wahlkampfmaterialien machen und hat angekündigt, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf 200.000 CDs an Schulhöfen und Stadien verteilen zu wollen.

So sehr Rechtsextremisten sich auch bemühen, ihrem Erscheinungsbild ein modernes und zeitgenössisches Gewand zu geben, hat doch der Eklat im sächsischen Landtag anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens gezeigt, dass sie sich von ihren traditionellen rechtsextremistischen Ideologien nicht lösen. Und sie finden damit auch durchaus Anknüpfungspunkte bei den Wählern. Zwar zeigt vor allem das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Wahl, dass der Aufschwung rechter Parteien zur Zeit gestoppt ist. Aber die zuletzt erzielten Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien sind kein Grund zur Entwarnung: Immerhin sind DVU und NPD in Brandenburg bzw. in Sachsen in die Landtage eingezogen

und im Saarland nur relativ knapp gescheitert. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass in Deutschland ein bedeutender Anteil der Wählerinnen und Wähler grundsätzlich bereit ist, rechtsextremistische Positionen zu unterstützen. In dem Maße, wie die etablierten Parteien diese Stimmen nicht mehr binden können, könnten sie dem (rechts-)extremistischen Parteienspektrum zufließen.

Weder rechtsextremistisches Denken noch Rechtsextremisten auf der Straße und in den Parlamenten werden vollständig verschwinden. Rechtsextremismus lässt sich mit Verbotsverfahren und einer Verschärfung des Versammlungsrechts allein nicht wirksam bekämpfen. Dies sind wichtige Bausteine. Mindestens genauso wichtig ist aber die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugendlichen über die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, sich wirksam gegen Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen und die hohlen Phrasen der Rechtsextremisten zu entlarven. Nur wer die Gefahr kennt, kann ihr wirksam begegnen, damit der Rechtsextremismus keine Chance hat.

4 Soziale Proteste – eine Möglichkeit für Linksextremisten?

Linksextremisten und sozialer Protest

Ziel linksextremistischer Parteien und Organisationen ist die systemüberwindende Umgestaltung unseres Gesellschaftssystems und die Ersetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch ein – wie auch immer ausgeformtes – sozialistisches/kommunistisches System. Das Spektrum linksextremistischer Kritikpunkte am kapitalistischen (heute neoliberalen) System ist breit gefächert und speist sich aus Vorstellungen von der marxistischen Antikapitalismusdebatte dogmatischer Parteien bis hin zu autonomen Vorstellungen zu Antifaschismus, Antiimperialismus oder dem anarchistischen Weltbild. Der angestrebte Zusammenbruch des bestehenden Systems umfasst dabei eine massive Kritik an den wahrgenommenen Zuständen in unserer Gesellschaft.

Die soziale Frage ist aus marxistischer Sicht wesentlicher Bestandteil der Kapitalismuskritik, so dass globale wie nationale gesellschaftspolitische Diskussionen über soziale Gerechtigkeit linksextremistischen Organisationen in die Hände spielen müssten. Tatsächlich versuchen Linksextremisten von einer umgreifenden Unzufriedenheit und Proteststimmung in der Bevölkerung zu profitieren, indem sie gesellschaftliche Widersprüche aufgreifen und herausstellen, Anschluss an die bürgerlich-demokratischen Kräfte suchen und sich an die Spitze von Protestbewegungen stellen.

Während in der Vergangenheit allerdings das Interesse an sozialen Themen in Teilen des linken Spektrums häufig schnell erlahmte oder sich eine Bewegung durch ideologische Streitereien untereinander hemmte, zeigt die Entwicklung in jüngster Zeit deutlich, dass das Thema Sozialabbau in erheblichem Maße sowohl an gesellschaftlicher Relevanz gewonnen als auch das Zusammengehen innerhalb des linken Spektrums beflügelt hat. Die derzeitige Kooperation der 'Linkspartei.PDS' und der 'Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit' (WASG) nimmt diesen Impuls auf. Unter welchen Vorzeichen sich die Verbindung der PDS und der WASG als Partei etablieren wird, ist derzeit offen.

Globalisierungsdebatte, Montagsdemonstrationen und Hartz IV

In besonderem Maße in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gelangte die Frage sozialer Gerechtigkeit und des Umgangs mit dem Kapitalismus unter dem Thema "Globalisierung" nach den gewaltsamen Protesten anlässlich der 3. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 30. November 1999 in Seattle. Innerhalb der linken und linksextremistischen Szene wird seitdem von neuem über die Reformfähigkeit des Kapitalismus bzw. über die Notwendigkeit seiner gänzlichen Abschaffung debattiert.

Das durch eine intensive Medienberichterstattung forcierte Interesse führte zu einer Protestbewegung, die durch einen hohen Vernetzungsgrad gekennzeichnet ist. Sie umfasst diverse, politisch unterschiedlich ausgerichtete Bestrebungen, zum Beispiel christliche Solidaritätsgruppen, trotzkistische Netzwerke oder andere revolutionär-antikapitalistisch geprägte Gruppierungen und Einzelpersonen. Die Globalisierungsdebatte hat insofern die Zusammenarbeit von Extremisten mit dem bürgerlichen Lager, aber auch die

Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer linksextremistischer Richtungen gefördert. Große Teile der Linken treffen sich seit dem Jahr 2000 regelmäßig auf "Weltsozialforen" und "Europäischen Sozialforen".

In Deutschland ist die Globalisierungsszene jedoch immer schon durch eine hohe Fluktuation innerhalb der örtlichen Gruppen und eine im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl nur geringe Zahl von Aktivisten gekennzeichnet. Die ohnehin vergleichsweise kleine Bewegung ist in Deutschland im Zuge des – nach den gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 – deutlichen weltweiten Rückgangs weitest gehend geschrumpft, weil sich Teile vollständig zurückgezogen haben oder sich lokal – unter partieller Beteiligung linksextremistischer Parteien – in Sozialforen engagieren, die ansonsten das Thema "Globalisierung" in Form von theoretischen Abhandlungen abarbeiten. Gleichwohl hat die Globalisierungsdebatte die Beschäftigung mit (marxistischer) Kapitalismuskritik auf einzelnen politischen Themenfeldern insgesamt beflügelt.

Auch die in Deutschland medienwirksam dargestellten Montagsdemonstrationen gegen den "neoliberalen und kapitalistischen Sozialabbau" als Teilaspekt der Globalisierungsdebatte mit Schlagwörtern wie "Hartz IV" oder "Agenda 2010" wurden von der linksextremistischen Szene anfänglich verhalten aufgegriffen, im autonomen Bereich sogar weitgehend ignoriert und nur von Einzelpersonen oder vereinzelt Gruppen kontinuierlich bearbeitet.

DKP

Die 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) hat beispielsweise mittlerweile einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf die Mitwirkung in der Bewegung gegen die "kapitalistische Globalisierung" und gegen den "Sozialkahltschlag" gesetzt. Nach der in der Parteizeitung der DKP ('Unsere Zeit', Nr. 13 vom 1. April 2005) als Beilage veröffentlichten "Diskussionsgrundlage des Parteiprogramms der DKP" (dabei handelt es sich um eine vom Parteivorstand herausgegebene Ausarbeitung zum Programmentwurf, die auf allen Ebenen der Partei diskutiert werden soll), sieht es die DKP als ihre Aufgabe an, einen Beitrag zur Formierung solcher Bewegungen zu leisten und dabei ihre Klassenpositionen über notwendige künftige Entwicklungen zum Sozialismus als gesellschaftliche Alternative einzubringen.

Sie sieht sich dabei als integraler Bestandteil dieser Protestbewegung mit der Parteiaufgabe, bei der Organisation des Widerstands mitzuarbeiten, vereinheitlichend zu wirken und die Eigentumsfrage als Grundfrage der Bewegung hervorzuheben. Entscheidend sei es für sie, dabei – neben der eigenen Stärkung – zur Verbreiterung der Protestbewegung beizutragen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen zusammenzubringen und die Systemfrage zu stellen.

MLPD

Für die 'Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands' (MLPD) bietet die soziale Frage einen breiten Ansatz zu Aktivitäten wie Streikunterstützungen oder der Beteiligung an den "Montagsdemonstrationen". Sie sieht für sich Chancen, öffentlich wahrgenommen zu werden, ihre selbst im linken Lager bestehende Isolierung zu überwinden und mit Hilfe des positiv besetzten Begriffes "Montagsdemo" für ihre Ziele zu werben. Nach Einschätzung des Parteivorsitzenden Stefan Engel handelt es sich um eine neue Massenbewegung gegen die Regierung, in der es auch neu sei, dass die MLPD darin fest verankert sei und an vielen Orten sogar eine führende und organisierende Rolle einnehme.

Die Einflussnahme der MLPD auf die Organisation der Proteste wurde von vielen anderen linken Gruppen kritisch und ablehnend gesehen. Wegen des Hegemoniestrebens und der Kompromissunfähigkeit der MLPD kam es daraufhin in einigen Städten zu Spaltungen unter den Organisatoren und mehreren eigen-

ständigen Demonstrationen. Besonders deutlich wurde dies anlässlich der in Berlin durchgeführten Großdemonstrationen gegen die Reform der Arbeits- und Sozialgesetzgebung zum Tag der Deutschen Einheit. Wie bei der Spaltung der wöchentlichen Montagsdemonstrationen verlegte die tragende Mehrheit den Demonstrationstermin um einen Tag vor, während die MLPD "notgedrungen" an ihrem Termin festhielt und eine eigene Demonstration durchführte.

Autonome

Die Montagsdemonstrationen wurden von der linksextremistischen autonomen Szene weitgehend ignoriert und nur von Einzelpersonen oder vereinzelt Gruppen kontinuierlich aufgegriffen. Stattdessen mobilisierte man in der Hoffnung, Unterstützung bei vielen Hartz-IV-Beziehern zu finden, für die bundesweite Aktion "Agenturschluss – Arbeitsagenturen und Personalservice Agenturen am 3. Januar lahm legen!". In mehreren Städten kam es zu Aktionen vor Arbeitsagenturen, teilweise mit kleineren Sachschäden. Die Teilnehmerzahlen lagen zwischen acht und 100, größtenteils waren es um die 50 Personen. Das Ziel, eine Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen zu erreichen und Arbeitslose zu mobilisieren, wurde größtenteils nicht erreicht. Die Aktionen blieben weiterhin überwiegend "szeneintern", ohne Öffentlichkeitswirksamkeit.

Inzwischen wird in einigen Kreisen bedauert, die Anti-Hartz-Protteste des letzten Jahres nicht zur Erweiterung des Unterstützerbereiches genutzt zu haben. So erfolgt in dem überregionalen Berliner Szeneblatt "Interim", Ausgabe 614 vom 7. April 2005 eine selbstkritische Diskussion:

Durch monatelange Debattierarbeit sei der Anschluss verpasst und die Spitze der Montagsdemonstrationen einzelnen "Linksruck-Funktionären" überlassen, die häufig wenig mehr vertreten als sich selbst. Die wenigen undogmatischen Linksradikalen hätten durch ihren in "Manier der Achtziger-Jahre-Autonomien" gebildeten Demo-Block so gut wie jeden "Nichtkapuzi-Träger" vergrault. Auch den Organisatoren der Hartz IV-Protteste hätte wegen "übertriebenen Aktionismus" eine zumindest mittelfristige Protestperspektive gefehlt. Wünschenswert sei eine Radikalisierung der Protteste gewesen. Der Autor fragt selbstkritisch, wie überhaupt ein gesellschaftlicher Wandel erreicht werden soll.

Die Gruppe 'FeS-Sozial-AG' stellt in derselben Ausgabe fest, dass die bisherigen linksradikalen Projekte vor allem ein studentisches Milieu ansprächen, man aber nicht in der Lage sei, in die Protteste der Arbeitslosen oder von Existenzangst Verunsicherten hineinzuwirken. Dies sei vor allem Ausdruck einer organisatorischen Schwäche und der mangelnden Öffnung der Szene für außenstehende Interessierte.

Ein anderer Autor bilanziert, dass sich viele Linksradikale allzu wohl im eigenen geschlossenen Block fühlten und den Sinn von Demonstrationen mehr im Vorzeigen eigener Stärke als im Vermitteln von Botschaften sähen.

Andererseits gibt es innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung Stimmen, die das Thema "Verteilungsgerechtigkeit" als Irrweg ansehen, da es zu weit vom eigentlichen Kernanliegen, nämlich der "Kritik der globalen Finanzspekulationen und Handels- und Finanzsituationen sowie der Forderung nach einer Tobinsteuer", entfernt sei.

Teilbewertung:

Den in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Unmut über den erhöhten Druck auf den bisherigen Sozialstandard konnten in der Vergangenheit die bisher genannten revolutionär-marxistischen und anarchistischen Parteien und Gruppen nicht für sich nutzen. Soziale Spannungen führten nicht zu einem – von den

Linksextremisten erhofften – Erstarken dieser politischen Richtungen: Deren Konzepte wurden von der Bevölkerung nicht als Lösungsmodelle für ihre Probleme angenommen und deren Auftreten war nicht geeignet, in größerem Umfang Menschen außerhalb der eigenen Anhängerschaft anzusprechen. Derzeit sind auch keine Anzeichen erkennbar, dass hier eine Änderung zu erwarten ist.

PDS

Die PDS hat sich – wenn auch mit Verspätung – in die aktiven Proteste gegen die Sozialpolitik wie den "Montagsdemonstrationen" eingebracht. Ihr gelang es aber nicht – wie in anderen Politikfeldern auch –, die insbesondere in den alten Ländern kritische bis ablehnende Haltung weiter Teile des linken und links-extremistischen Spektrums gegen die bestehende Sozialpolitik für sich zu nutzen oder den engen Bereich der eigenen Sympathisanten deutlich zu erweitern. Glaubwürdigkeitsprobleme in linken und linksextremistischen Kreisen hat die PDS insbesondere dadurch, dass sie einerseits gegen die Agenda 2010 heftig opponiert, diese aber gleichzeitig als Mitglied in zwei Landesregierungen aktiv umsetzt.

Dabei hatte dieses Thema für die Partei schon seit ihrer Entwicklung aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) eine zentrale Bedeutung. Eine Ursache für den Untergang des "realen Sozialismus" – und damit Ausgangspunkt ihrer eigenen Entwicklung – ist für die PDS, dass der Staatssozialismus sein wichtigstes Versprechen, die Lösung der sozialen Frage in einer der kapitalistischen Moderne überlegenen Weise, nicht einlösen konnte und zugleich den Bürgern wichtige politische Freiheiten und individuelle Menschenrechte vorenthielt. Er habe auf seinem ureigensten Feld versagt. Die zentralen sozialen Fragen des ausgehenden 20. Jahrhunderts umfassten für die PDS die Bereiche Arbeit, Umwelt, Entwicklung und Frieden. Im Herbst 2003 stellte die PDS ihre "Agenda Sozial" als eigenen Entwurf der Agenda 2010 entgegen. In ihr wiederholt und ergänzt sie ihre sozialpolitischen Forderungen, die unter anderem beinhalten, einen neuen Verteilungskompromiss durchzusetzen, die Arbeitszeit zu verkürzen, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Grundsicherung einzuführen und den Rentenbeginn zu flexibilisieren.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu Mitgliedern und Anhängern der PDS Mitte der neunziger Jahre belegen: Für ihre Parteigänger ist die PDS fest mit dem Anspruch verknüpft, die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein. Sie repräsentiere in der Parteienlandschaft fast monopolistisch diesen fundamentalen Wert. Erst der Unmut in den neuen Ländern über die Hartz IV-Gesetze brachte aber für die PDS brauchbaren politischen Nutzen, indem die PDS ihre dortigen Wahlergebnisse verbessern konnte. In den alten Ländern blieb ihr ein politischer (Landtagswahlen) oder organisatorischer (Mitgliederzahlen) Erfolg versagt.

Die in den dortigen Untersuchungen enthaltene Einschätzung, die Entsicherung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und die Einschränkung der staatlichen Leistungen im Sozialbereich seien zu einer grundlegenden Bedrohung der Mehrheit der Bevölkerung geworden, hat zu den oben dargestellten politischen Konsequenzen einer erweiterten Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften geführt, die letztlich den Hintergrund für das neue gemeinsame Projekt mit der Partei 'Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative' (WASG) bilden.

PDS / Die Linkspartei.PDS und das neue politische Projekt

Kurz vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl erregte Gregor Gysi Aufsehen, als er öffentlich äußerte, dass er den Westaufbau seiner Partei für gescheitert ansieht. Ob der Hinweis auf die Schwäche der PDS in Westdeutschland ursächlich für den Verlust von rund 30.000 Wählerstimmen war – in dieser Größenordnung verfehlte die PDS ihr Ergebnis der vorangegangenen Kommunalwahlen und erhielt die WASG Zuspriechung aus dem Wählerpotenzial der PDS – und damit für das Abschneiden der PDS (0,9%)

war, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Jedenfalls setzte Oskar Lafontaine nach dem Misserfolg der PDS bei der Wahl eine Diskussion über eine gemeinsame Kandidatur der bis dahin konkurrierenden Parteien PDS und WASG in Gang. Die in wenigen Wochen erreichte gemeinsame Kandidatur von zwei Parteien, die programmatisch wie personell bisher in betontem Gegensatz zueinander gestanden haben, lässt aufmerken. Entweder war die beiderseitige Existenzangst, keine der beiden Partei könne wegen der Konkurrenz untereinander die 5% Hürde überspringen stärker, als die bisherigen, unvereinbar erscheinenden Positionen oder die Interessenlage der beteiligten Protagonisten hat die Entwicklung der letzten Wochen ermöglicht.

Lothar Bisky hat deshalb anlässlich des 9. Parteitages am 17. Juli 2005 in Berlin die Partei zum "zweiten Aufbruch" aufgerufen. Die PDS brauche neue Impulse, wenn sie im politischen System dauerhaft eine Chance haben wolle.

Mehrfach haben PDS-Spitzenfunktionäre betont, dass sich 'Die Linkspartei.PDS' in dem neuen Projekt nicht von ihren programmatischen Zielen trennen werde. In der Konsequenz wirft das die Frage auf, ob die WASG unter Aufgabe ihrer eigenen Hauptziele auch programmatisch von der 'Linkspartei.PDS' vereinnahmt werden könnte. Der 'Linkspartei.PDS' gelänge es dann nach fünfzehn erfolglosen Jahren doch noch, erhebliche Teile der westdeutschen Linken für das eigene Ziel eines Sozialismus einzuspannen. Ob die gemeinsame Opposition gegen die Regierungspolitik zu mehr reicht als zum abgesprochenen gemeinsamen Einzug in den Bundestag wird sich noch zeigen müssen. Sollte das Projekt mehr sein als eine Vor-Bundestagswahl-Projektion, würde es die Parteienlandschaft – und damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik – mindestens für einige Jahre deutlich verändern.

Fazit:

Die von der Bevölkerung als Belastung wahrgenommenen sozialpolitischen Veränderungen schlugen sich in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen nicht in einer Unterstützung linksextremistischer Parteien nieder. Aus hiesiger Sicht bilden die anstehenden sozialpolitischen Aufgaben und die mit ihnen verbundene Stimmung in der Bevölkerung auch zukünftig keinen Nährboden für die Renaissance bisheriger, klassischer revolutionär-marxistischer oder anarchistischer Parteien und Organisationen.

Wie die Entwicklung in den letzten Wochen gezeigt hat, bietet die in einem erheblichen Teil der Bevölkerung vorhandene Proteststimmung jedoch ein Potential, das zukünftig von Linksextremisten in Netzwerkstrukturen und Wahl- oder aktionsbezogenen Bündnissen aufgegriffen werden könnte. Ein Ansatz dafür kann in der Kooperation von PDS und der von hier als bürgerlich-demokratisch eingeschätzten WASG gesehen werden. Voraussetzung für eine solche Entwicklung wäre allerdings eine ideologische und organisatorische Neuorientierung der linksextremistischen Szene. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung hat sich in der jüngsten Vergangenheit deutlich erhöht.

5 Imagewandel der Volksmodjahedin Iran – von der Guerilla zur demokratischen Exilbewegung?

Im Vorfeld der iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni rief der NWRI insbesondere im Internet zum Boykott der Wahl auf und präsentierte sich als einzige, ernstzunehmende, demokratische und pluralistische Oppositionsgruppe. Am 24. Juni 2005, dem Tag der Stichwahl zwischen den Präsidentschaftskandidaten Rafsandjani und dem letztlich gewählten Ahmadinedjad, führte der politische Arm der MEK, der 'Nationale Widerstandrat Iran' (NWRI) vier Protestkundgebungen in Köln, Düsseldorf, Bonn und Dortmund gegen die Präsidentschaftswahl mit einer Teilnehmerzahl von ca. 200 Personen durch.

Die 'Volksmodjahedin Iran' (farsi: 'Mojahedin-e-Khalgh' – MEK) mit ihrem politischen Arm, der 'Nationale Widerstandsrat Iran' (NWRI), verfolgt das Ziel, das iranische Regime zu stürzen. Dafür unterhalten sie im Irak die 'Nationale Befreiungsarmee' (NLA) als militärischen Arm. Damit werden Bestrebungen verfolgt, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

In der mittlerweile 40-jährigen Geschichte der 'Volksmodjahedin' – der NWRI wurde erst im Jahr 1981 ins Leben gerufen – unterlag das Erscheinungsbild der Organisation mehrfachen Änderungen. Diese Veränderungen zeichnet der Aufsatz nach.

Die Volksmodjahedin im Iran

Die 'Volksmodjahedin' begannen 1965 zunächst als im verborgenen arbeitende Vereinigung Oppositioneller gegen die Herrschaft des Schah in Persien, der als Vollstrecker westlicher, vor allem US-imperialistischer Interessen angesehen wurde. Ideologische Grundlage der 'Volksmodjahedin' waren die Schriften des iranischen Ayatollahs Taleghani und eines zum damaligen Zeitpunkt populären iranischen Geistlichen und Sozialwissenschaftlers, Dr. Ali Shariati, deren Kern sich auf den Iran herrschenden schiitischen Islam bezog. Schlussfolgerung der MEK-Interpretation war, dass der schiitische Islam seinem Wesen nach revolutionär und sozialistisch zugleich sei. Endziel war die Errichtung einer klassenlosen islamischen Gesellschaft (Tohid).

Ab dem Jahr 1971 unternahmen die Volksmodjahedin, die in der Zwischenzeit durch Kontakte unter anderem zur 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) Erfahrungen im Guerillakampf gesammelt hatten, die ersten bewaffneten Aktionen, darunter Bombenattentate auf staatliche Gebäude und Vertretungen angloamerikanischer Großunternehmen und Mordanschläge auf US-Militärs. Durch Gegenmaßnahmen der iranischen Sicherheitsdienste erlitt die MEK-Führung erhebliche personelle Verluste. Die 'Volksmodjahedin' waren dennoch durch ihre erfolgreiche Untergrundarbeit im Jahr 1979 eine der entscheidenden Kräfte beim Sturz des Schah, sowohl bei der Organisation von Massenprotesten als auch bei bewaffneten Kämpfen mit Polizei und Militär.

Unter der Führung des aus der Haft entlassenen Mitgliedes des Zentralkomitees, Massoud Radjavi, entwickelten sich die 'Volksmodjahedin' schließlich zu einer linksislamischen Massenbewegung, die bei Großveranstaltungen teilweise mehrere Hunderttausend Sympathisanten mobilisieren konnte. Obwohl die MEK während der Revolution im Iran gemeinsam mit den Anhängern Chomeinis kämpfte, brachte sie sich durch die Ablehnung seines absoluten Herrschaftsanspruchs in immer größere Konkurrenz und letztendlich in Gegnerschaft zu dem sich etablierenden fundamentalistisch-islamischen Staatswesen.



Abb.1 *Noch gemeinsam: Demonstration von 'Volksmodjahedin' in Teheran mit Bildern von Shariati und Khomeini sowie dem MEK-Symbol am Vorabend der Revolution*

Die 'Volksmodjahedin' und Massoud Radjavi selbst versuchten im Iran Politik mitzubestimmen und traten folgerichtig bei Wahlen zum Parlament und zum Amt des Staatspräsidenten an, wurden jedoch durch Manipulationen im Wahlmodus um einen möglichen Wahlerfolg gebracht. Gleichzeitig begann die Verfolgung der 'Volksmodjahedin' durch die neue islamische Republik Iran. Trotz staatlichen Verbotes forderte die MEK wiederum Chomeini mit landesweiten Massenprotesten gegen seine absolute Herrschaft heraus. Die größte Demonstration am 20. Juni 1981 mit einer halben Million Teilnehmern in Teheran markiert zugleich das Ende der MEK als Oppositionsgruppe im Iran. Die Kundgebung wurde gewaltsam aufgelöst, mehrere Personen erschossen. MEK-Mitglieder und Sympathisanten waren nach diesem Datum der Verfolgung durch das Regime ausgesetzt. Die Organisation wurde in den Untergrund gezwungen und antwortete zunächst mit Selbstmordattentaten und Anschlägen auf Repräsentanten des islamischen Staates, wurde aber schließlich zerschlagen.

Die Volksmodjahedin im Exil

Die MEK-Führung floh gemeinsam mit dem in Ungnade gefallenen Staatspräsidenten Bani-Sadr am 29. Juli 1981 nach Paris. Im August 1981 unterzeichneten Bani-Sadr und Massoud Radjavi ein Manifest über die Bildung des 'Nationalen Widerstandsrates Iran' (NWRI), das die Bildung einer künftigen Übergangsregierung im Iran nach dem angestrebten Sturz Chomeinis vorsah. Neben den 'Volksmodjahedin' als größte Gruppierung umfasste der NWRI mehrere kleine iranische Exilorganisationen.

Der NWRI veröffentlichte ein Programm, das sich in wesentlichen Teilen von der Zielsetzung der 'Volksmodjahedin' unterschied. Ziel war nicht mehr die Errichtung einer islamisch-sozialistischen Einheitsgesellschaft, sondern die Trennung von Kirche und Staat, die Wiederherstellung der Grundrechte, die Verstaatlichung aller ausländischen Wirtschaftsunternehmen, die Durchführung einer Landreform, eine Alphabetisierungskampagne sowie der Schutz nationaler Minderheiten, insbesondere der Kurden. Nach einer provisorischen Übernahme der Regierungsgeschäfte für 6 Monate war die Ausschreibung von freien Wahlen vorgesehen.

Der NWRI wurde von Beginn an und wird bis heute durch die 'Volksmodjahedin Iran' als größte Gruppe personell und strukturell dominiert, alle entscheidenden Führungspositionen sind durch MEK-Mitglieder besetzt. Dies hat dazu beigetragen, dass Bani-Sadr schon im Jahr 1982 den NWRI wieder verließ.

Ideologische Revolution

Innerhalb der Volksmodjahedin kam es 1985, dem Jahr der Heirat zwischen Maryam und Massoud Radjavi, zu einer ideologischen Revolution und der Entwicklung des Personenkultes um das MEK-Führungsduo. Maryam Radjavi wurde zur gleichberechtigten Führerin der Organisation ernannt, um ein Beispiel für alle weiblichen Mitglieder zu geben und um einen Kontrapunkt zu der aus Sicht der Organisation als frauenfeindlich empfundenen Politik im Iran zu setzen. Massoud Radjavi wurde im Jahr 1986 zur Ausreise aus Frankreich gezwungen. Das neue Hauptquartier der MEK und des NWRI wurde mit dem Wohlwollen Saddam Husseins nahe Bagdad errichtet.

Die NLA als militärischer Arm

Das Bekenntnis zur Gewalt und zum bewaffneten Kampf mit dem Ziel des Sturzes der klerikalen Herrschaft in Teheran manifestierte sich im Jahr 1987 in der Gründung der 'Nationalen Befreiungsarmee' (NLA). Unter dem Oberbefehl Massoud Radjavis versuchten die Volksmodjahedin von irakischem Territorium aus, den Iran militärisch zu bekämpfen. Dass sie dies auf Seiten des damaligen Kriegesgegners Irak taten, diskreditierte die Volksmodjahedin in den Augen vieler Iraner.

Trotz kurzzeitiger Vorstöße auf iranisches Territorium war die NLA militärisch nie in der Lage, den Iran zu destabilisieren. Gleichwohl wurden bis in das Jahr 2000 Operationen durch NLA-Kommandos auf irischem Gebiet durchgeführt, zum Beispiel Mörserangriffe auf Militär- und Polizeigebäude oder Mordanschläge auf Repräsentanten des Regimes. Die 'Volksmodjahedin' und der NWRI propagierten den bewaffneten Kampf gegen den iranischen Staat als Notwehrrecht des "Iranischen Widerstandes" und rekrutierten auf öffentlichen Veranstaltungen, auch in Deutschland, neue Kämpfer. Ein besonderer Aspekt der NLA war und ist die Ausrichtung auf eine durch Frauen dominierte Armee. Dies ist nicht zuletzt als ideologisches Gegenwicht zur legalen Frauendiskriminierung in der islamischen Republik Iran zu sehen.

Seit Ende des Irak-Krieges im Mai 2003 befinden sich etwa 3.800 entwaffnete NLA-Angehörige im einzig noch verbliebenen MEK-Camp "Ashraf" in der Nähe von Bagdad unter US-Aufsicht. Und seit Juli 2004 genießen sie dort den Status von "geschützten Personen", was bedeutet, dass die von der MEK befürchtete Auslieferung der NLA-Kämpfer in den Iran faktisch ausgeschlossen ist.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Volksmodjahedin

Die Außendarstellung war für die 'Volksmodjahedin' seit der Revolution im Iran von besonderer Bedeutung. Nach dem erzwungenen Gang ins Exil wurde sie für den Fortbestand der Organisation sogar existenziell. So wie sich die 'Volksmodjahedin' als Organisation seit ihrer Gründung als sehr anpassungsfähig an die unterschiedlichen Verhältnisse gezeigt haben, ist es ihnen auch gelungen, ihre jeweiligen Botschaften durch eine entsprechend angepasste Öffentlichkeitsarbeit zu transportieren. Heute erfolgt die Außendarstellung der 'Volksmodjahedin' und des NWRI nicht mehr nur in öffentlichen Veranstaltungen, sondern auch durch intensiven Einsatz von Printmedien, verschiedenen Homepages im Internet und einem eigenen Fernsehsender.

In Nordrhein-Westfalen fanden sich ab 1980 Unterstützer der 'Volksmodjahedin' zunächst in der 'Moslemischen Studentenvereinigung' (MSV) und seit 1985 unter dem Namen 'Iranisch Moslemischer Studentenverein' (IMSV) zusammen. Sie führten zu Beginn der 80er Jahre mehrere kleinere Demonstrationen durch und verteilten Flugblätter. Themen waren vor allem die Menschenrechtsverletzungen im Iran und die Verfolgung der 'Volksmodjahedin' durch das Chomeini-Regime. In dieser Frühphase sah sich der MSV vor allem als Sprachrohr einer volksrevolutionären Bewegung und nahm deutlich Bezug auf den Ursprung der MEK als Guerillaeinheit. Dies zeigte sich in zahlreichen Solidaritätsadressen, beispielsweise an Gruppierungen wie die irische Untergrundorganisation IRA oder die PLO, in denen nicht ohne Stolz auf die von 'Modjahedin' im Iran verübten Mord- und Bombenanschläge verwiesen wurde.



Abb.2 *Massoud Radjavi übergibt Jassir Arafat eine ihm gewidmete Maschinenpistole. Foto aus der MEK-Broschüre "Die Notwendigkeit materieller und moralischer Unterstützung für die palästinensische Revolution".*

Auf Flugblättern wurde oft die islamische Grußformel "Im Namen Allahs" beziehungsweise "Im Namen Gottes" verwendet. Es wurden zumeist die Portraits der drei Gründer der MEK gezeigt. Die USA wurden als imperialistisch gebrandmarkt. Üblich war die Parole "Tod dem Chomeini". Durch die Pressebüros der 'Volksmodjahedin' wurden vor allem Kontakte zu

Politikern gesucht, um durch Verweis auf permanente Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung im Iran eigene politische Aufwertung zu erfahren.

Die Akzente der Außendarstellung änderten sich Mitte der 80er Jahre. Die Bilder der MEK-Gründer verschwanden zugunsten der Portraits des Führungsduos Massoud und Maryam Radjavi, die zugleich die Führung des NWRI, der MEK und der NLA beherrschten. Dieser Personenkult ist bis heute charakteristisch für die MEK und NWRI.



Abb.3 *Massoud und Maryam Radjavi als "Widerstandsführer des iranischen Volkes" in der NWRI-Zeitschrift 'Iran Liberation' aus dem Jahr 1990. Maryam Radjavi wird in militärischer Uniform gezeigt.*

Neben dem MEK-Symbol wurden vermehrt die Symbole des NWRI und der NLA verwendet. Die Rhetorik verlor die Radikalität der frühen Jahre. Anstelle des Todes von Chomeini wurde der Sturz seines Regimes und die Machtübernahme durch den NWRI ebenso wie die Isolierung des Iran durch die internationale Gemeinschaft gefordert. Der bewaffnete Kampf der NLA wurde als legitimes Mittel zum Machtwechsel im Iran propagiert.

Als sich nach dem Ende des ersten Irakkrieges abzeichnete, dass der Iran durch die NLA militärisch nicht besiegt werden konnte und die terroristischen Aktionen der MEK im Iran eine negative Publizität im westlichen Ausland erzeugten, waren die 'Volksmodjahedin' gezwungen, ein friedlicheres Bild zu präsentieren. Mit Beginn der 90er Jahre stand thematisch nun der NWRI als nach seinem Selbstverständnis einzig legitime, demokratische, den Menschenrechten verpflichtete Oppositionsgruppe im Vordergrund.

Während sich Massoud Radjavi im Irak aufhielt übernahm seine Frau Maryam Radjavi in Auvers-sur-Oise bei Paris die Leitung des NWRI im Ausland und rückte in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der Organisation. Formell hat sich Maryam Radjavi seit ihrer Wahl zur "Exilpräsidentin" durch den NWRI im Jahr 1993 von ihren Funktionen in der MEK und NLA zurückgezogen.

Abb.4 Einladung des NWRI zu einer Großkundgebung im Jahr 1995 – "Iraner feiern ihre Präsidentin"



Im September 1994 erklärte der Auswärtige Ausschuss des NWRI, dass zugunsten der Präsidentenbüros von Maryam Radjavi sämtliche Büros und Unterorganisationen der MEK mit Ausnahme der Pressebüros geschlossen werden und zukünftig die Interessen der MEK im Ausland ausschließlich über den NWRI vertreten werden. Seitdem wird die Öffentlichkeitsarbeit der 'Volksmodjahedin' fast ausschließlich über den NWRI gesteuert.

Mit der Wahl des als Reformler geltenden Staatspräsidenten Khatami im Jahr 1997 und der Phase der wirtschaftlichen und politischen Annäherung des Iran an den Westen verschärfte sich noch einmal die Rhetorik der 'Volksmodjahedin', um im öffentlichen Raum wahrgenommen zu werden. Khatami persönlich wurde als Mörder und Terrorist gebrandmarkt.

Einen Rückschlag im stetigen Bemühen nach Anerkennung als legale Opposition erlitten die 'Volksmodjahedin' als die MEK und die NLA Mitte 2002 von der Europäischen Union in die Liste der terroristischen Organisation aufgenommen worden sind. Der 'Nationale Widerstandsrat Iran' ist von diesem Beschluss ausdrücklich ausgenommen. Die USA hatten die MEK und die NLA bereits im Jahr 1997 als terroristische Gruppierung in eine Liste aufgenommen. Nach dem US-Gesetz zur Terrorismusbekämpfung vom 15. August 2003 wurde auch der NWRI als terroristische Organisation registriert.

Seit diesem Zeitpunkt versucht der NWRI, das Etikett des Terrorismus wieder los zu werden. Dazu fanden in den letzten beiden Jahren zahlreiche Großveranstaltungen in Frankreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien und den USA statt. Intensiv wurde dabei um Unterstützung durch westliche Parlamentarier nachgesucht. Ebenso wurden mehrfach in europäischen Großstädten Konferenzen abgehalten, auf denen Juristen die MEK mit umfangreichen Gutachten in Schutz vor den Terrorismusvorwürfen nahmen. Auf international beachteten Pressekonferenzen präsentierten NWRI-Funktionäre angeblich geheim gehaltene Informationen über das illegale militärische Nuklearprogramm des Iran.

Gleichzeitig vermeidet der NWRI in seiner Außendarstellung alles, was auf eine Verbindung zur terroristischen und gewalttätigen Vergangenheit der 'Volksmodjahedin' und der NLA hindeutet. Seit der Internierung der NLA im Irak in 2003 und dem ungeklärten Verbleib Massoud Radjavis repräsentiert Maryam Radjavi den NWRI allein. Das aktuelle Erscheinungsbild des NWRI ist geprägt durch Maryam Radjavi als alleiniger Führungsperson, die sich für Menschen- und Frauenrechte engagiert.

Auf neu angelegten Internetpräsenzen des NWRI für Maryam Radjavi fehlt jeglicher textliche und bildliche Hinweis auf ihre militärische Vergangenheit. Ältere Internetseiten mit entsprechenden Inhalten wurden entweder gelöscht oder entsprechend überarbeitet. Stattdessen wird Maryam Radjavi vorzugsweise in ziviler und staatstragender Manier dargestellt.



Abb. 5 *Maryam Radjavi als stellvertretende NLA_Kommandantin im Jahr 1988 während der Operation "Ewiges Licht".*



Abb. 6 *Maryam Radjavi in Auvers-sur-Oise im Jahr 2003*

Seit Oktober 2003 fordert der NWRI, dass in einem Referendum über die künftige Staatsform des Iran entschieden werden soll. Dies steht in einen klaren Kontrast zum angestrebten militärischen Sturz der Regierung in Teheran mit Hilfe der NLA noch Mitte der 90er Jahre. Seit Oktober 2004 betreibt auch die NLA eine eigene Webseite. Darin wird das Leben der Bewohner des Lagers Ashraf in Text und Bild dargestellt. Bewaffnete Männer und Frauen in Kampfmontur kommen dabei kaum vor – hauptsächlich wird das Bild einer Stadt gezeichnet, die mehr den Eindruck eines Schulungs- und Erholungsortes erweckt als den eines Militärlagers einer terroristischen Gruppe.

Bewertung und Ausblick

Die Guerillagruppe, die gemeinsam mit Anhängern Chomeinis den Sturz des Schahs herbeiführte, wurde anschließend von Chomeini, obwohl zu einer Massenbewegung angewachsen, von der Macht ausgeschlossen und blutig verfolgt.

Ins Exil gezwungen, veränderten die Volksmodjahedin ihr Erscheinungsbild durch die Gründung des demokratisch erscheinenden NWRI und legten das für sie in den westlichen Demokratien nicht förderliche Image der radikalen Muslime mit marxistischer Prägung ab. Die 'Volksmodjahedin', obwohl tragende Kraft des NWRI, traten in der Außendarstellung zusehends in den Hintergrund. Der Begriff "Iranischer Widerstand" wurde von der MEK über den NWRI vereinnahmt. Nach der Annäherung des Westens an den Iran versuchte sich der NWRI nach außen als politische, demokratische Opposition zu präsentieren, die überdies den Menschenrechten besonders verpflichtet ist. Dabei bemüht sich die Organisation in den letzten Jahren auch verstärkt um Kontakte und um Unterstützung westlicher Parlamentarier.

6 Die Türkische Hizbullah, die İslami Hareket und der Kalifatsstaat

Im Januar 2005 erschien ein Artikel des konservativen US-amerikanischen 'Washington Institute for Near East Policy' (WINEP) über eine in Deutschland als 'Türkische Hizbullah' (TH) bezeichnete extremistische Gruppierung nach dem diese Gruppierung in Deutschland seit 2002 verstärkte Aktivitäten vor allem der Geldbeschaffung an den Tag legt. Explizit wird in diesem Zusammenhang auf die Städte Hamburg und Köln hingewiesen. Aufgrund des direkten Bezuges zu Nordrhein-Westfalen wird das Thema 'Türkische Hizbullah' sowie ihre Verbindungen zur 'İslami Hareket' ('Islamische Bewegung') und möglicherweise zum 'Kalifatsstaat' des mittlerweile in die Türkei abgeschobenen "Kalifen von Köln", Metin Kaplan, hier aufgegriffen.

Die 'Türkische Hizbullah' erweist sich dabei als ein Beispiel für eine in Deutschland bisher wenig beachtete Organisation, die für ihren Kampf gegen einen modernen Islam auch vor Mordanschlägen nicht zurückschreckt und bei der man inzwischen davon ausgehen kann, dass sie Verbindung zum internationalen Terrornetzwerk um Usama Bin Laden hat.

Entstehung der Türkischen Hizbullah

Die iranische Revolution schiitischer Muslime gegen den Schah im Jahr 1979, die zur Bildung einer islamischen Republik unter Ayatollah Chomeini führte, wirkte – auch in der sunnitischen islamischen Welt – auf islamistische Kreise anregend. Hier wurde erreicht, was der Traum vieler islamistischer Oppositionsbewegungen in anderen, ebenfalls mehrheitlich islamischen Länder war, nämlich der Sturz des mit den USA und westlichen Staaten verbündeten Machthabers. Drei Jahre später wurde im Libanon nach dem Einmarsch israelischer Truppen im schiitisch dominierten Süden des Landes die "libanesisch" 'Hizballah'¹ mit finanzieller und ideeller Hilfe der noch jungen Islamischen Republik Iran gegründet.

Auch sunnitische Kurden in der Türkei gründeten zu Beginn der 1980er Jahre eine Reihe Gruppierungen, die den Namen "Hizbullah" führten, darunter die 'Türkische Hizbullah'. Schon bei der Namenswahl ist ein gewisser Bezug auf die Islamische Republik Iran unverkennbar. Die 'Türkischen Hizbullah' ist kein Ableger der im Libanon aktiven 'Hizballah'. Sie pflegte aber allem Anschein nach enge Kontakte zur Islamischen Republik Iran und wurde von dort unterstützt. Der 'Türkischen Hizbullah' waren mehrere Gruppen zuzurechnen. Die später wichtigsten Gruppen waren "Menzil" (Rastplatz) und "İlim" (Wissenschaft).

Führer der "İlim"-Gruppe war Hüseyin Velioğlu. Dieser wurde 1952 im osttürkischen Batman geboren. Er studierte zur gleichen Zeit wie Abdullah Öcalan, der spätere Führer der kurdischen Terrororganisation PKK, in Ankara politische Wissenschaften. Im Jahre 1979, der Hochzeit der Polarisierung zwischen Linken und Rechten, die von bürgerkriegsähnlichen Zuständen in fast allen Städten der Türkei begleitet war, sollen rechte Kreise versucht haben, Velioğlu zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Erdölarbeiter in Batman zu machen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch am Widerstand linker Gewerkschafter. Dieser

¹ "Hizballah" (persisch) und "Hizbullah" (türkisch) sind Sprachvarianten des arabischen "Hizballah", was soviel heißt wie "Partei Gottes".

frühe Kontakt zu politisch rechten Zirkeln weist aber schon in die Richtung der später von Journalisten vermuteten Verbindung von Velioğlu und seiner 'Hizbullah'-Gruppe zu türkischen Geheimdienstkreisen.

Die von Fidan Güngör gegründete Gruppe "Menzil" sprach im Gegensatz zur "İlim"-Gruppe eher Intellektuelle an. Abt 1990 eskalierte der Streit zwischen diesen Gruppen. Im Jahr 1992 kam es zu einer Vielzahl von Attentaten, Entführungen und Morden, bei denen in der Regel Angehörige der "Menzil"-Gruppe die Opfer waren

Etwa seit 1991 kam es auch zwischen den Gruppierungen der 'Türkischen Hizbullah' einerseits und der PKK auf der anderen Seite zu bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen nach Schätzungen an die 2000 Menschen ihr Leben verloren. Dieser Kampf wurde abgeschwächt, als die PKK-Führung religiösen Gesichtspunkten mehr Beachtung schenkte – sie erließ beispielsweise ein allgemeines Alkoholverbot. Ein Teil der 'Türkischen Hizbullah' suchte jetzt die Verständigung mit der PKK. Dies galt jedoch nicht für die "İlim"-Gruppe unter der Führung von Velioğlu, die ihren Kampf gegen die PKK unvermindert fortsetzte.

Von türkischen Journalisten wurde des öfteren behauptet, die "İlim"-Gruppe der Hizbullah – sie wurde von der PKK in Anlehnung an die von den USA unterstützten "Contras" in Mittelamerika als "Hizbi Kontra" bezeichnet – würde ihre Aktionen mit Duldung, ja sogar mit der Unterstützung der türkischen Sicherheitsbehörden und des Nachrichtendienstes durchführen. Von offizieller türkischer Seite wurden derartige Behauptungen stets vehement zurückgewiesen. Dennoch halten sich diese Gerüchte in der Presse und der öffentlichen Meinung hartnäckig. Zumindest scheint der als streng religiös geltende kurdische Stamm der Habizbin, dem auch Velioğlu angehörte, von den türkischen Sicherheitsbehörden als Dorfschützer gegen die PKK eingesetzt und bewaffnet worden zu sein.

Andererseits hatte Velioğlu Kontakte nach Iran, wo 'Hizbullah'-Kämpfer ausgebildet worden sein sollen, und zur syrischen Muslimbruderschaft. Diese Verbindungen – insbesondere nach Iran – werden von offizieller türkischer Seite besonders hervorgehoben.

Zerschlagung der 'Türkischen Hizbullah'

Nach der Festnahme von Öcalan am 15. Februar 1999 und dem Abflauen der Kämpfe mit der PKK geriet die 'Türkische Hizbullah' schließlich doch noch ins Visier der türkischen Sicherheitsbehörden. Die Sicherheitskräfte in der Türkei gingen ab März 1999 und Anfang 2000 in mehreren großangelegten Polizeiaktionen massiv gegen die 'Türkische Hizbullah' vor. Weit mehr als 5.000 Personen wurden zwischen 1999 und 2002 unter dem Verdacht inhaftiert, dieser Organisation anzugehören. Hüseyin Velioğlu wurde in Istanbul bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet; zwei weitere Führungskader wurden dabei festgenommen. Erst im Zuge der anschließenden Ermittlungen wurde das Ausmaß der durch die 'Türkische Hizbullah' begangenen Verbrechen, Entführungen und Morde deutlich. Auf Disketten und Videobändern hatte die Organisation die Folterung und Ermordung ihrer Opfer dokumentiert. In den Kellern einiger Gebäude fand die Polizei Massengräber, in denen die Leichname der grausam ermordeten Opfer versteckt worden waren. Anfangs hat die 'Türkische Hizbullah' ihre Mordtaten überwiegend in Ostanatolien verübt. Morde an Intellektuellen und als links geltenden Journalisten in türkischen Großstädten wurden ihnen dann aber ebenfalls zugeschrieben. Schließlich entführte und ermordete die Organisation etliche Geschäftsleute von Firmen des so genannten "grünen Kapitals", wie muslimische Finanzinvestoren in der Türkei genannt werden. Eines der bekanntesten Verbrechen war die Entführung und Ermordung der islamischen Feministin Konca Kuriş. Auffällig bei allen Aktionen der 'Türkischen Hizbullah' ist, dass sie sich nicht gegen staatliche Einrichtungen wandten, sondern gegen Einzelpersonen, die oft auch dem Staat gegenüber kritisch waren und gegen Muslime, die ihre Gläubigkeit offen zeigten, aber für ein "modernes" Islamverständnis standen.

Nach den Polizeiaktionen 2000 hielt man die 'Türkische Hizbullah' zunächst für zerschlagen. Ermittlungen nach den Anschlägen vom 15. und 20. November 2003 in Istanbul ergaben jedoch Hinweise auf Verbindungen der Attentäter zu Zirkeln der ehemaligen 'Türkischen Hizbullah' in der Osttürkei. Ein Fortbestehen einzelner, auch zu terroristischen Anschlägen gewillter und fähiger Zellen, die aus der früheren 'Hizbullah' hervorgegangen sind, wurde dadurch deutlich. Gleichzeitig wies der verwendete Sprengstoff und die Zielauswahl auf eine Abstimmung mit Al-Qaida hin.

Die Situation der 'Türkischen Hizbullah' heute

Trotz der massiven Polizeimaßnahmen der Jahre 1999 und 2000 scheint sich die 'Türkische Hizbullah' neu zu organisieren. Spätestens ab 2001 sollen zudem Anhänger der 'Türkischen Hizbullah' vor dem Fahndungsdruck der türkischen Behörden in verstärktem Maße nach Europa und dabei auch nach Deutschland ausgewichen sein. 2003 profitierten an die tausend Anhänger der TH von der Amnestie für PKK-Mitglieder und kamen aus dem Gefängnis frei. Viele von ihnen sind vermutlich in die Organisation zurückgekehrt, sei es in der Türkei oder in Europa. Es muss damit gerechnet werden, dass mit dem verhältnismäßig großen Zustrom von kurdischen Asylbewerbern aus der Türkei auch etliche TH-Sympathisanten nach Deutschland kamen und weiterhin kommen. Die Basis für die Neuorganisation bilden an die 20.000 Sympathisanten; so viele Personen waren in Listen genannt, die die Polizei im Zuge von Fahndungsmaßnahmen beschlagnahmt hat.

Unter der Führung von Isa Altsoy, der sich vermutlich zeitweilig in Deutschland aufhielt, hat die Gruppierung nicht mehr in dem Maße Gewalt ausgeübt wie zuvor. Sie verlegte sich vielmehr auf Propagandaaktivitäten und Geldsammlungen. So sollen von der 'Türkischen Hizbullah', die sich zuvor nie publizistisch darstellte, im vergangenen Jahr sechs Bücher, drei Zeitschriften und eine "Gegendarstellung" herausgebracht worden sein. Zwei der Zeitschriften erscheinen in Istanbul, eine in der Schweiz. Die 'Türkische Hizbullah' ist weiter in den kurdischen Gebieten in der Türkei verankert; so betreibt sie dort vermutlich zwei Buchläden sowie einen Menschenrechtsverein.

Zur Geldbeschaffung wird in Moscheen, die von der Organisation kontrolliert werden gesammelt; außerdem betreiben Anhänger kleine legale Läden und Geschäfte. Auch illegale Geschäfte und die Erpressung von Schutzgeld können bei dem kriminellen Hintergrund der Organisation nicht ausgeschlossen werden. Schließlich sollen auch vom transnationalen Terrornetzwerk der Al-Qaida über den Finanzplatz London Gelder an die 'Türkische Hizbullah' geflossen sein.

Dies wiederum passt zu den Spuren, die nach den Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen und eine britische Bank in Istanbul auf die 'Türkische Hizbullah' hinwiesen und eine Zusammenarbeit zwischen Al-Qaida und der 'Türkischen Hizbullah' vermuten lassen. In dem Bericht des WINEP wird die Organisation gar als "Brücke" von Al-Qaida zwischen Europa und dem Nord-Irak bezeichnet. Für Al-Qaida, deren Strukturen durch die weltweite Antiterror-Fahndung geschwächt sind und deren Mitglieder sich kaum offen bewegen können, ist die Inanspruchnahme kleinerer Netzwerke, die wie die 'Türkische Hizbullah' bisher nicht so sehr im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen, aber ideologisch die gleiche Orientierung haben, naheliegend. Hinweise auf Geldtransfers aus Deutschland in den Irak liegen auch den Sicherheitsbehörden in NRW vor, ohne dass dies direkt mit der 'Türkischen Hizbullah' verknüpft werden könnten. In ähnlicher Weise arbeitet auch die Gruppierung 'Ansar al-Islam' mit Al-Qaida zusammen. Letztere führte jedoch auch selbst Anschläge im Irak durch und ist nicht nur logistisch in Europa aktiv.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die türkische Zeitschrift 'Aksiyon' (Nr. 530) hat gemeldet, dass es eine Anweisung der 'Hizbullah'-Führung geben soll, sich als so genannte "Süleymanlılar" oder "Nurcular" zu tarnen. Diese aus dem islamisch-mystischen Nakschibandiyya-Orden hervorgegangenen Bewegungen, die auch in Deutschland organisiert sind und Moscheegemeinden unterhalten, lassen sich bisher weder eindeutig als islamistisch einordnen noch haben sie irgendwelche Verbindungen zum islamistischen Terrorismus. Gerade deshalb aber bieten sie sich als Tarnung an. Die Möglichkeit innerhalb dieser Bewegungen auch Anhänger für die 'Türkische Hizbullah' zu rekrutieren, ist als gering anzusehen. Andere Organisationen, deren Weltanschauung islamistisch ist, kommen als Reservoir für eine mögliche Ausweitung der 'Türkischen Hizbullah' dagegen eher in Betracht.

So soll die 'Türkische Hizbullah', bei deren Anhängern es sich fast ausschließlich um Kurden handelt, eine Zusammenarbeit mit der 'Islamischen Bewegung in Kurdistan' anstreben, die der PKK/KONGRA-GEL nahe steht. Vor allem die von Kurden dominierte 'İslami Hareket' (İH), eine Gruppierung, die sich 1989 vom 'Kalifatsstaat' abgespalten hat, soll nach Informationen türkischer Journalisten Beziehungen zur 'Türkischen Hizbullah' unterhalten oder sogar ein "legaler Zweig" der 'Türkischen Hizbullah' in Europa sein. Die Abspaltung der İH erfolgte zum einen aufgrund ihrer stärkeren Orientierung auf Iran, zum anderen aufgrund ihrer stärker gewaltorientierten Ausrichtung. Offiziell hat sich der Verein 2002 aufgelöst; sowieso waren Aktivitäten des Vereins eher sporadisch. Trotz der Auflösung des Vereins ist es denkbar, dass weiterhin Strukturen dieser Gruppierung bestehen.

Zwar werden in der Presse 'İslami Hareket' und 'Türkische Hizbullah' oft gleichgesetzt, und auch die Sicherheitsbehörden verfügen über Hinweise darauf, dass hier Zusammenhänge bestehen, eindeutige Belege für eine Identität von İH und TH gibt es jedoch nicht. Unklar ist nach wie vor auch, in welcher Beziehung die 'İslami Hareket' etwa zur PKK-nahen Gruppierung 'Kurdistan Islam Hareketi' ('Islamische Bewegung in Kurdistan') in der Türkei steht.

Die Annahme des WINEP, Köln sei ein Ort besonderer Aktivitäten der 'Türkischen Hizbullah' beruht auf der nicht endgültig belegbaren Gleichsetzung von 'Türkischer Hizbullah' und 'İslami Hareket'. Aber immerhin besteht ein Zusammenhang zwischen den Gruppen insoweit, als einzelne Personen beiden Gruppierungen zuzurechnen sind bzw. waren. In einigen Fällen sind auch Kontakte von TH-Anhängern zu verschiedenen anderen islamistischen Organisationen bekannt, woraus sich jedoch keine Übereinstimmung in den Zielen und Strategien ableiten lässt. Nach wie vor sind für die 'Türkische Hizbullah' nur die eigenen Ziele maßgeblich: Die Errichtung eines – nach den eigenen Maßstäben – "islamischen" Staates in der Türkei. Beziehungen zu anderen Organisationen können daher nur den Zweck haben, die eigene Organisation zu stärken, zum Beispiel indem deren Anhänger auf die eigene Seite gezogen werden. Gerade hierbei könnte die İH als Zwischenstation gedient haben.

Insbesondere der 'Kalifatsstaat', der nach der Abschiebung von Metin Kaplan, dem "Kalifen von Köln" ohne offizielle Führung da steht, könnte im Hinblick auf eine mögliche Rekrutierung von Anhängern und eine Verbreiterung der personellen Basis, die dann auch zu höheren Einnahmen durch Spenden und den Verkauf von Lebensmitteln an die Anhänger führt, in den Überlegungen der 'Türkischen Hizbullah' eine Rolle spielen. Die Anhänger des seit Dezember 2002 verbotenen 'Kalifatsstaats' sind verunsichert durch die Exekutivmaßnahmen der Behörden gegen Mitglieder und Nachfolgeorganisationen desselben. Die Vakanz der Führungsposition in der Organisation führt dazu, dass innerhalb der verbliebenen Strukturen interne Machtkämpfe um die Leitung ausbrechen. Verschiedene Personen und Strömungen liegen dabei im Wettstreit. Da sich Ideologie und Zielsetzung von 'Kalifatsstaat' und 'Türkischer Hizbullah' nicht wesentlich unterscheiden und es auch schon vorher zu Wechseln einzelner Personen vom 'Kalifatsstaat' über die "İslami Hareket" zur 'Türkischen Hizbullah' gekommen zu sein scheint, kann ein potentielles Rekrutierungsreservoir nicht ausgeschlossen werden. Um die deutschen Behörden nicht zu weiteren Maßnahmen gegen die inoffiziellen Strukturen des 'Kalifatsstaats' zu provozieren, halten sich die Anhänger zur Zeit mit Aktivitäten für und im Sinne ihrer Organisation sehr zurück. Insbesondere Personen kurdischer

Herkunft, denen diese Zurückhaltung missfällt, könnten für einen möglichen Wechsel zur 'Türkischen Hizbullah' in Frage kommen. Charismatische Prediger, die eine radikalere und stärker gewaltorientierte Einstellung haben als die bisher im 'Kalifatsstaat' zu beobachtende, könnten propagandistisch im Sinne der 'Türkischen Hizbullah' tätig werden.

Die Entwicklung der TH und der mit ihr immer wieder in Zusammenhang gebrachten İH ist nicht mit Sicherheit vorherzusagen. Dass sich die 'Türkische Hizbullah' zur Zeit in der Türkei und in Europa neu gruppiert, scheint evident. Ob der 'Kalifatsstaat' dabei als Rekrutierungsreservoir dienen wird, und wenn ja, in welchem Maße, muss sich erst noch erweisen. Die Tarnung als "Süleymanlılar" oder "Nurcular" kann, wenn sich dies als tatsächlich verfolgte Strategie erweisen sollte, dazu führen, dass die Sicherheitsbehörden dies bei ihrem Vorgehen gegen die TH entsprechend berücksichtigen müssen.

Verbindungen der kurdisch dominierten TH zum transnationalen Netzwerk der Mujahedin, das unter der Bezeichnung Al-Qaida firmiert, sind höchst wahrscheinlich. Dass die ebenfalls kurdische 'Ansar al-Islam' aus dem Irak Verbindungen zu Al-Qaida unterhält, kann nicht mehr bestritten werden. Damit müssen auch Verbindungen zwischen der TH und 'Ansar al-Islam' ins Auge gefasst werden.

Zur Zeit wird Europa offensichtlich als Ruhe- und Vorbereitungsraum angesehen und genutzt. Doch auch der heutige Ruheraum kann morgen zum Zielgebiet werden. Aus diesem Grunde wird es die Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein, in das Dunkel, welches die Organisationen 'Türkische Hizbullah' und die 'İslami Hareket' immer noch umgibt, mehr Licht zu bringen.

7 Spionageabwehr

Bereits in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre wurde an dieser Stelle das gewandelte Bild der Spionage und damit auch der Spionageabwehr beschrieben. Während nach wie vor "klassische" Spionage betrieben wird, d.h. die Ausforschung von politischen Plänen und die Beobachtung oppositioneller Gruppen, gewinnt die Wirtschaftsspionage immer mehr an Bedeutung.

Ökonomischer Erfolg ist ein Schlüssel zu politischer Durchsetzungsfähigkeit. Diese Erkenntnis hat sich mittlerweile weltweit durchgesetzt und gilt vor dem Hintergrund einer weltweit angespannten Wirtschaftslage, engerer Märkte und dem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen heute mehr denn je. Angriffsziel der Spionage fremder Nachrichtendienste ist daher – nach dem Wegfall der Mauer und dem Ende des kalten Krieges – in immer stärkerem Maße das Know-how von Wirtschaft und Wissenschaft unseres Landes. Wie aktuelle Studien belegen (u.a. PriceWaterhouse Coopers und KPMG) verursacht der ungewollte Know-how-Verlust durch Spionage die größten Schäden im Bereich wirtschaftskrimineller Handlungen.

Die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen ist dieser Entwicklung mit der Initiierung einer Sicherheitspartnerschaft entgegen getreten. Mit dem Abschluss dieser Public-Private-Partnership im Oktober 2001 haben sich die Partner

- : Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen,
- : Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalen,
- : Ministerium für Wirtschaft Nordrhein-Westfalen und
- : Innenministerium Nordrhein-Westfalen

zu der gemeinsamen Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität verpflichtet. Für die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen bedeutete dies eine Neuausrichtung ihrer Aufgaben. Ausgehend von der Frage: "Welche Bedürfnisse haben Unternehmen?" wurden präventive Angebote entwickelt. Heute – fast vier Jahre später – bietet die Spionageabwehr den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eine ganze Produktpalette, aus denen sich Module – abgestimmt auf das jeweilige Informationsbedürfnis – zusammenstellen lassen.

Neben den Informationen, die durch themenbezogene Flyer und Vortragsveranstaltungen vermittelt werden, ist besonders der – bundesweit erste und einzige – Online-Selbsttest für Unternehmen hervorzuheben, der es – über eine anonyme und differenzierte Auswertung der Antworten – ermöglicht, eine erste Antwort auf die Frage zu finden: "Ist mein Unternehmen durch (Wirtschafts-)Spionage gefährdet?". Dieser interaktive Test steht im Rahmen eines Online-Auftritts, mit dem die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen Informationen und Sicherheitshinweise z.B. auch durch das Abonnement eines elektronischen Newsletters zur Verfügung stellt. Im Mittelpunkt des Präventionsangebots steht aber die individuelle – für das Unternehmen kostenfreie – Beratung. Die stetig steigende Nachfrage der Unternehmen nach diesen Beratungen zeigt der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen, dass sie mit dem Konzept – Informationen aus den Quellen der öffentlichen Verwaltung zusammenstellen und zeitgemäß aufarbeiten – auf dem richtigen Weg ist.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht

in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Verfassungsschutz -
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/871 - 2980
Telefax: 0211/871 - 161190
Kontakt.verfassungsschutz@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.